

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 39.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 22. bis 28. September 1911.

Posen, den 3. Oktober 1911.

Aus den Blättern der Provinz PosenAus Nr. 216 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. September 1911:**Präludium.**

Mehrfach in letzter Zeit und neuerdings gestern auf Grund der Mitteilung, betreffend die Ernennung des Dr. Schwarzkopf zum Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen, haben wir hervorgehoben, wie die politische Vorsicht heiße, daß unsere Volksgemeinschaft dem Grundsatz des Maßhaltens und der politischen Mäßigkeit aber auch — und vielleicht vor allem — im Verhältnis zu der Regierung huldige. Wir bestreben uns, nachzuweisen, daß die Volksgemeinschaft ruhig alle ihre bürgerlichen Pflichten auf allen Gebieten des nationalen Lebens erfüllen, sich aber gegenüber der Regierung und alledem, was um die Regierung herum geschehe, in der gehörigen Reserve halten solle.

Anderer Ansicht ist offenbar der Dziennik Poznański, bzw. sind es die Kreise, die sich um das Blatt gruppieren. Sein gestriger Artikel vom neuen Oberpräsidenten bedeutet ein hochgradiges politisches Sichengagieren gegenüber der Regierung. Erwägt man, daß der Dziennik Poznański in den letzten Jahren ein deutlicheres, entschiedeneres Stellen der Frage zu vermeiden pflegte, dann muß um so charakteristischer der gestrige Artikel erscheinen. Schon seine Form ist vieljagend, da der Dziennik Poznański z. B. „den neuen Gouverneur unseres Landesteils willkommen heißt“.

Richtig ist die Behauptung, daß die polnische Bevölkerung sich ein gerechtes Regiment auf dem Grundsatz der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung wünsche. Aber was soll diese „Gleichberechtigung“ nach der Theorie der preussischen Verfassung besagen, da doch ihr Gegensatz in der Praxis das Leben ist, welches sich auf der ganzen antipolnischen Ausnahme-gesetzgebung entwickelt. Auf dieser Grundlage muß doch der neue Oberpräsident im Prinzip ebenso stehen, wie der bisherige, — er kann nur gewisse Kränkheiten vermeiden, und er wird das — dessen getrösten wir uns — in Wirklichkeit tun, denn das entspricht dem Zuschnitt seines Charakters und Geistes. Wie weit ist es jedoch von dort bis zur „verfassungsmäßigen Gleichberechtigung?“ Herr Dr. Schwarzkopf könnte doch sogar, selbst wenn er es wollte, das alles nicht aufheben, was der „verfassungsmäßigen Gleichberechtigung“ auf Grund der Gesetzgebung zuwiderläuft. Darüber werden sich die breiteren Kreise der Volksgemeinschaft wohl Rechenschaft ablegen und sich deshalb Täuschungen nicht hingeben, wenn sie auch im übrigen keineswegs die Unterschiede des Charakters, des Geistes

und des Temperamentes zwischen dem neuen und dem bisherigen Oberpräsidenten verkennen.

Wir werden gegenwärtig nicht im einzelnen mit dem polemisieren, was der Dziennik von der Regierung und von unserem Verhältnis zu der antipolnischen Regierungspolitik im Gegensatz zum Staat geschrieben hat. Wir könnten eine ganze Reihe von Artikeln des Dziennik nachweisen, die dartun, daß das Streben, uns zu germanisieren aus dem Wesen des preussischen Staats und der tausendjährigen Geschichte des Drängens des deutschen Elements nach Osten entspringt. Das ist die Quelle und das ist der Zweck. Dieses oder jenes Regierungssystem ist nur eine Frage der politischen Taktik, die im Grunde genommen stets dem gleichen Ziele zustrebt.

Aber abgesehen davon, heut ist übrigens nicht die rechte Zeit dazu, sich darüber im einzelnen auszulassen. Am bezeichnendsten sind die nachstehenden Sätze des Dziennik:

„Waldow hat eine so große Verbissenheit beider Nationalitäten veranlaßt, daß sich die Unmöglichkeit gemeinsamen Handelns sogar in politischen,

(— Der Dziennik Poznański hat heut bereits berichtend vermerkt, daß es in seinem gestrigen Artikel an dieser Stelle nicht „politischen“, sondern „unpolitischen“ heißen muß. Der Übersetzer. —)

wirtschaftlichen oder humanitären Fragen herausgebildet hat. Jede Nationalität hat eigene Organisationen geschaffen. In dieser Hinsicht hält es mit einer entschiedenen Änderung heut schwer, aber viele Fragen wird man durch gemeinsame Tätigkeit oder wenigstens durch Verständigung zwischen den Organisationen erledigen können.“

Das bedeutet, daß nach Ansicht des Dziennik unsre Volksgemeinschaft in politischen, wirtschaftlichen und humanitären Fragen fürs erste nach „Verständigung“ mit den deutschen Organisationen streben sollte, um später die von jeder Nationalität geschaffenen eigenen Organisationen völlig durch „gemeinames Handeln“ zu ersetzen.

Das ist offensichtlich ein Programm nicht mehr politischer Täuschungen, sondern eines ausgesprochenen Ausgleichs, der zur Assimilierung führt, ein Programm, welches davon zeugt, daß das Leben manche Sphären unsrer Volksgemeinschaft gleichwohl wenig gelehrt hat. Mit jenen humanitären Angelegenheiten ginge es noch allenfalls; aber was soll z. B. das „gemeinames Handeln in wirtschaftlichen Fragen“ bedeuten, während die Ausnahme-gesetzgebung darauf abzielt, das polnische Element wirtschaftlich niederzustürzen? Was ist umsomehr von einem „gemeinamen Handeln in politischen Fragen“ zu denken? Was man

darauf antworten soll, weiß man überhaupt nicht. Soll etwa unsre Wahlorganisation sich mit den deutschen Organisationen verschmelzen und mit welchen? Oder hat der Verfasser gar im Sinne ein „gemeinsames Handeln“ der „maßvollen“ (lies: versöhnungs-parteilichen) polnischen Elemente mit den deutschen Konservativen zwecks Beseitigung der polnischen „Radikalen“, — wie Herr v. Turno in seiner bekannten Broschüre empfohlen hat?*)

Den Artikel des Dziennik halten wir für schädlich. — Er schadet durch seine Unvorsichtigkeit sogar den von dem Blatte vertretenen politischen Faktoren. Müssen derartige Artikel nicht die auf Irrwege drängen, welche auf der rechten Seite unsrer Volksgemeinschaft stehen, und müssen sie nicht eine Reaktion auf der linken Seite — also überhaupt Unruhe hervorrufen, während das Interesse der Volksgesamtheit heischt, daß unsre ganze Allgemeinheit Ruhe und Gleichgewicht nach jeder Richtung hin zu bewahren wissen möge? Durch Ruhe und Gleichgewicht werden wir auch dem neuen Oberpräsidenten, dem niemand die Position zu erschweren gedenkt, die Stellung recht sehr erleichtern. Aber die nüchtern in die Zukunft blickenden Kreise können das nicht kritiklos hinnehmen, was der Dziennik zur „Bevillkommnung des neuen Gouverneurs unsres Landesteils“ geschrieben hat.

Aus Nr. 216 des Orędownik (Posen)
vom 22. September 1911:

Der Wechsel im Oberpräsidium.

Die Ernennung des Herrn Schwarzkopff zum Nachfolger Waldows hat in unserer und der deutschen Presse weitreichende Auslassungen hervorgerufen. Aus allen diesen Preßstimmen schallt die Gewißheit hervor, daß in unseren Verhältnissen sich etwas ändern werde. Die Blätter, welche die gleichen politischen Überzeugungen vertreten, wie der Orędownik, geben sich keinesfalls der Täuschung hin, daß ein Systemwechsel eintreten werde: dieses System wird ein germanisatorisches bleiben, wie es bisher war.

Gleichwohl ist in unserer Volksgemeinschaft die gewisse Art von Leuten nicht ausgestorben, die unter dem Namen „Versöhnungsparteiler“ bekannt sind. Diese Leute macht der geringste Hoffnungsstrahl des gefunden Urteils verlustig. Sie suchen eine Gelegenheit, um nur nach der Richtung der Regierung hin die Hand auszustrecken. Ihr Organ ist bekanntlich der Dziennik Poznański. In einem weitreichenden Artikel heißt das Blatt den neuen Oberpräsidenten beinahe willkommen, und es hebt hervor, daß unsere Volksgesamtheit nicht der Regierung, sondern einzig dem antipolnischen System gegenüber in Opposition stehen. Der Dziennik nebst dem sich hinter seinem breiten Rücken verbergenden Vertreter der Regierung erkennt, daß die Regierung und das antipolnische System ein und dasselbe ist, daß man eines vom anderen nicht trennen kann. In dem Bestreben, das Regime Waldow zu charakterisieren, hebt der Dziennik bedauernd hervor, daß Waldows harte Hand ein gemeinsames Arbeiten der Polen mit den Deutschen auf jedem Gebiet, im politischen***) (es ist gradezu nicht zu glauben, daß ein Blatt, welches ernst genommen sein will, etwas derartiges schreiben konnte) wirtschaftlichen und humanitären Leben unmöglich gemacht habe. Nachdem das Blatt dies festgestellt hat, macht es vor Herrn Schwarzkopff eine tiefe Verbeugung und es äußert den Wunsch, daß er sich nicht einzig auf die berüchtigten „Berichte“ verlassen, sondern sich unmittelbar bei der

Bevölkerung, sowohl bei den Polen als auch bei den Deutschen, informieren möge.

Diese Begrüßung, welche mit der praktischen Phrase von der Sonne schließt, welche das Großherzogtum erwärmen soll, zeigt uns schon in ziemlich deutlichen Umrissen befrachte, zur Regierung nicht in Opposition stehende Bürger, nach unserer Manier „Versöhnungsparteiler“ genannt, die an den Pforten des Gebäudes des Oberpräsidenten stehen und ihm die bisher unbarmherzig gezüchtigte Hand entgegenstrecken. Angesichts dessen wiederholen wir, daß wir Ruhe zu bewahren haben, daß man sich keinen trügerischen Hoffnungen hingeben darf, daß wir uns den lindern Germanisierungsmitteln gegenüber, die man bestimmt gegenwärtig uns gegenüber anzuwenden beginnen wird, um so vorsichtiger zu verhalten, daß wir unsere Schätze um so sorgfältiger hüten, daß wir um so eifriger an unserer politischen Aufklärung zu arbeiten haben.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański
vom 24. September 1911:

Der neue Oberpräsident.

Einzelne deutsche Blätter geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Ernennung des Herrn Schwarzkopff einen Wechsel des seitens der preußischen Regierung bisher in den Ostmarken angewandten Regierungssystems bedeute. Für einen solchen Wechsel spricht bisher nichts, und zweifellos wäre es ein großer Fehler unsrerseits, wollten wir uns anlässlich des Personenwechsels im Amt des Oberpräsidenten des Großherzogtums irgend welchem fürs erste durch nichts begründeten Optimismus hingeben. Wenn jedoch Äußerungen laut werden, dahingehend, daß der Oberpräsident des Großherzogtums Posen einzig der Vollstrecker der ihm von der Zentralregierung erteilten Weisungen sei, so muß betont werden, daß die Gesetzgebung gerade dem Posener Oberpräsidenten ein weitgehendes plein pouvoir gewährt. Die Chefs anderer Landesteile sind grundsätzlich nur Hüter der Gesetze, in Posen hat der Präsident bezüglich seiner Entscheidungen carte blanche. Darum ist der Oberpräsident des Großherzogtums gewissermaßen Gouverneur des Landesteils. Aber darauf beschränkt sich die Bedeutung seiner Stellung nicht. Die „Kreuz-Ztg.“ hat recht, wenn sie sagt, die Politik beschließe das Ministerium, aber ihre Grundlagen schaffe der Oberpräsident, dessen Berichte in einem Staat mit bürokratischem Zuschnitt fast ausschließlich die Informationsquelle bildeten.

Die Stellung der polnischen Bevölkerung zu der Neuernennung ist etwas Wichtiges und Grundsätzliches; darum kommen wir auch heute auf die Sache zurück, und wir sind vielleicht genötigt, bekannte Sachen zu wiederholen, die aber durchaus nötig sind zur Kristallisierung einer klaren Synthese, um nicht auf die Bahnen einer irrigen Politik zu geraten, welche vielleicht keine Niederlage sein, aber einen Schlag herbeiführen könnte, was man auch schon übel nennen kann. Im allgemeinen sündigen wir nicht durch ein Übermaß an politischem Sinn, denn wir leiden an einem allzu starken Extrem der Anschauungen — rosigter Optimismus oder schwarzer Pessimismus. Selten trifft man Personen, welche die Tragweite wichtigerer politischer Tatsachen nicht nur zu beurteilen, sondern auch genügend einzuschätzen wissen. Wer da hofft, daß das Gebäude der Ausnahmegeetze in Wälder einstürzen werde, die Herrschaft absoluter Gleichberechtigung eintreten werde, der täuscht und irrt sich, aber auch der Politiker geht fehl, welcher nicht an die Möglichkeit eines Wechsels der Verhältnisse glaubt, und welcher darum einen Zustand apathischer Passivität empfiehlt. Ein solcher Standpunkt kommt dem Verzicht auf jedwede

*) Diese Ausführungen über das politische Zusammenwirken erledigen sich infolge der Druckfehlerberichtigung des Dziennik (Red. d. Gef.-überbl.).

**) Siehe die Vorbemerkung (Red. d. Gef.-überbl.).

politische Aktion gleich; er wäre ein Beweis unserer Untauglichkeit und gesellschaftlichen Apathie gegenüber wichtigen Fragen unseres öffentlichen Lebens. Darum haben wir unseren Standpunkt gegenüber dem neuen Oberpräsidenten klar hervorgehoben; denn die Grundlage eines politischen Verhältnisses muß eine klare Kennzeichnung unseres Credo sein. Wir wiederholen auch heute, daß wir nicht gegen den Staat, sondern gegen die Richtung der Regierung kämpfen, und zur Bervollständigung bemerken wir, daß die Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit nicht nur unsere Abgeordneten stets hervorgehoben haben, sondern es hat auch außerhalb der Grenzen unseres Landesteils der frühere Vorsitzende der Dumafraktion, Herr Dmowski, auf dem Prager Kongreß Rußland gegenüber das Gleiche betont. In dieser Hinsicht herrscht eine polnische „communis opinio“, das ist nicht nur der grundsätzliche Standpunkt eines bestimmten Bruchteils oder einer Partei.

Wir heben das nachdrücklich hervor, nicht für die einmütige polnische öffentliche Meinung, sondern gegenüber den habsburgischen Angriffen. Aus diesem Standpunkt entspringt unsere politische Berechtigung auf Anteil an den Rechten gleich den übrigen Staatsbürgern, auf den Kampf um diesen Anteil und auf die Opposition gegen das Regierungssystem, welches uns diese Berechtigung abspricht. Wir wissen wohl, daß für eine aus Deutschen bestehende Regierung der Deutsche stets das Nesthäkchen sein wird, aber möge man uns wenigstens die Legitimität zugestehen und uns nicht außerhalb des Rahmens der Rechte und Berechtigungen setzen.

Das ist der Inhalt des Kampfs, den wir führen; er ist nicht unser Ziel, sondern ein Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Daraus ist der klare und einfache Schluß zu ziehen, daß jede Gelegenheit erwünscht ist, welche uns dem Ziele nähert, und, wenn es in unsrer Macht liegt, auf die Besserung unsrer Existenz Einfluß auszuüben, so dürfen wir das nicht unterlassen und wir dürfen nicht an dem Grundsatz festhalten: „Je schlimmer desto besser!“

Diese Besserung ist vor allem zu wünschen im Interesse unseres polnischen Volkes, auf welchem sich die antipolnische Politik hauptsächlich niederschlägt, sei es auf dem Gebiet der Schule, oder auf dem Gebiet des Ansiedlungswezens und der lokalen Verwaltung. Der Großgrundbesitz, die städtische Intelligenz, sie wissen sich Rat; auf dem polnischen Volke lastet hauptsächlich der Druck der antipolnischen Politik.

Wir haben niemals eine demagogische Politik betreten; es liegt nicht in unsrer Art, stets und überall die Rücksicht auf das Volk hervorzuheben, wir können aber die Tatsache nicht außer acht lassen, daß eine Vinderung der antipolnischen Politik, wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegend für das Volk ausfallen wird ohne wesentliche Vorteile für reiche und selbständige Leute. In einer monarchischen Regierung macht die Politik grundsätzlich keine Sprünge; die Änderungen vollziehen sich allmählich, manchmal unsichtbar. Die Habsburgisten haben 18 Jahre lang die öffentliche Meinung so bearbeitet, daß heute sogar die Regierung nicht so brav und Ansehen genug bejaßt, die Kiesenburg der Ausnahmegeetze zu beseitigen. Man muß die öffentliche Meinung erst bilden, und namentlich die im Großherzogtum. Das ist die Politik einer fernerer Zukunft.

Unser erste Artikel hat das Programm der Aktion für die allernächste Zeit dargestellt, d. i. die Schaffung der Möglichkeit gemeinsamer Arbeit, nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet. Herr v. Waldow bedurfte für seine Politik der Absonderung der Polen auf jedem Felde; er schob sie nicht formell beiseite, aber er machte ihre

Mitbeteiligung dadurch unmöglich, daß man jedem Unternehmen ein patriotisches und protestantisches Charaktermal aufdrückte. An der Spitze standen die Koryphäen des Habsburgismus, die durch ihren lärmenden Patriotismus, durch ihre Hintanzetzung des polnischen Elements uns die Mitarbeit unmöglich machten. Und es können doch viele Aufgaben auf dem Felde der Kultur und der humanitären Einrichtung einzig mit gemeinsamen Kräften erfüllt werden.

Eine Anstalt zur Bekämpfung der Schwindsucht kann, wenn sie nur nicht ausschließlich deutsch und lutherisch ist, auch seitens der Polen auf Unterstützung rechnen; denn vielen liegt das Geschick der Kranken und die öffentliche Gesundheit gleichfalls am Herzen. Weit wichtiger ist die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung durch große gemeinsame Organisationen. Wir haben im Sinne Kleinbahnen, Fabriken, Verkaufsgenossenschaften, die Hebung der Schifffahrt, der Fischerei usw. Mit einem Worte, viel könnte man ausrichten auf dem Felde der wirtschaftlichen Entwicklung des Landesteils, wenn die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für beide Nationalitäten geboten wäre, besonders da, wo die ausschließliche Organisation nur einer Seite unzureichend ist.

Eine solche wirtschaftliche Entwicklung kann für unsere Arbeiterkräfte in der Heimat Beschäftigung bieten.

Aus Nr. 219 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. September 1911:

Über die politische Haltung im gegenwärtigen Moment.

Der Dziennik Poznański hat in der Sonntagsnummer einen zweiten Artikel über den neuen Oberpräsidenten gebracht. Dieser Artikel ist, formell betrachtet, ein Kommentar zu dem ersten, tatsächlich aber bedeutet er in wichtigen Punkten eine Milderung des ursprünglichen Standpunkts.

Der Verfasser des Artikels erklärt vor allem, weshalb er von dem „Gouverneur unsres Landesteils“ gesprochen habe: „die Chefs anderer Landesteile sind grundsätzlich nur Hüter der Gesetze, in Posen hat der Präsident carte blanche bezüglich seiner Entscheidungen; darum ist der Oberpräsident des Großherzogtums gewissermaßen der Gouverneur des Landesteils“. Daß der hiesige Oberpräsident eine freiere Hand hat, als andere, das ist wahr; aber unrichtig ist die Behauptung von der carte blanche, das beweist am besten die Tatsache, daß Herr v. Waldow zurücktreten mußte, als zwischen ihm und Berlin sich eine Dissonanz herausbildete. Übrigens muß festgestellt werden, daß die gegenwärtige motivierende Ausführung des Verfassers mit jenem reflexiven „gewissermaßen“ schon bedeutend maßvoller klingt, als die ursprüngliche „Bevollkommnung des Gouverneurs unsres Landesteils“. Uns scheint es jedoch, daß man die Studien über die neue Terminologie in Anwendung auf den Chef der preussischen Behörde im Großherzogtum jemanden anderen überlassen sollte, — die polnische Volksgemeinschaft hat doch wohl andere, dringendere Aufgaben und Pflichten im Überfluß.

Der Verfasser erklärt sich gegen „das Nichtglauben an die Möglichkeit eines Wechsels der Verhältnisse“ und gegen das „Empfehlen eines Zustandes apathischer Passivität“, denn ein solcher Standpunkt „komme einem Verzicht auf jede politische Aktion gleich, — er wäre ein Beweis unsrer Untauglichkeit und der gesellschaftlichen Apathie gegenüber wichtigen Problemen unseres öffentlichen Lebens“. Indes hat niemand „apathische Passivität“ empfohlen, noch empfiehlt sie jemand. Es war vielmehr die Rede von einer verständigen Reserve im Gegensatz

zu einem hitzigen Sichengagieren, welches jedweder realen tatsächlichen Grundlage entbehre. Ist doch in der Politik das „Reden“ nicht immer eine Tat. Oft pflegt in der Politik das — Schweigen eine Tat zu sein. Das weiß vorzüglich die agrarische „Deutsche Tageszeitung“; das wissen anscheinend gewisse Elemente in unserer Volksgesamtheit nicht.

Der traditionelle politische Fehler dieser Elemente ist, auf der politischen Arena Schritte zu tun, die in der Volksgemeinschaft eine Reaktion hervorrufen und Folgen herbeiführen, die den beabsichtigen entgegengesetzt sind. Wenn jemals, so kann man in den jetzigen Zeiten nicht eine Politik — ohne die Volksgemeinschaft und ohne deren breitere denkende Kreise betreiben. Die Volksgemeinschaft unseres Landesteils hat viel nüchternen Instinkt und realen politischen Sinn, Realpolitik aber ist nicht eine Politik des „Bewillkommens des Gouverneurs“ im Oberpräsidenten und des Machens einer Offerte an denselben, einer Offerte, die in der Volksgemeinschaft Verwirrung hervorruft, da sie dahin führt, die Volksgemeinschaft der im schweren Kampfe erprobten Kollektiv-Verteidigungsmittel zu berauben.

Ein solches Programm ist gleichwohl ein Programm der Täuschungen, wenngleich der Verfasser sich mehrfach gegen Optimismus verwahrt. Der Verfasser gibt zu, daß „heut“ selbst die Regierung nicht Kraft und Autorität genug besäße, die Riesenburg der Ausnahmegeetze zu beseitigen. Aber der Verfasser glaubt, daß dieser Moment nach allmählichen, manchmal nicht sichtbaren Änderungen eintreten werde. In dieser Richtung „müsse man die öffentliche Meinung erst bilden, besonders im Großherzogtum“. Nun, dieser Glaube des Verfassers ist die Quelle seines ganzen illusorischen Programms. Die Riesenburg der Ausnahmegeetze wird vielleicht eine Katastrophe in den internationalen Verhältnissen oder — (wofür weniger als nicht viel spricht) ein sehr radikaler Umsturz in den ganzen inneren Verhältnissen Preußens beseitigen. Erfüllt sich keine dieser beiden Alternativen, dann wird (unabhängig von gewissen Änderungen in der Taktik des antipolnischen Systems) die Riesenburg der Ausnahmegeetze stehen bleiben und weiter wirken, denn sie ist keine Frucht einer vorübergehenden Regierungspolitik, sondern aus den Fundamenten des preußischen Staats und aus seiner Rolle auf den polnisch-slawischen Grenzmarken hervorgewachsen. An dieser Tatsache wird weder ein Umschmeicheln des „Gouverneurs“ etwas ändern, noch der Umstand, daß man ihm die alte Wahrheit in Erinnerung ruft, daß unsre Volksgemeinschaft im Kampfe gegen die Regierungsrichtung auf dem Standpunkt der staatlichen Zugehörigkeit stehe.

Wir werden mit dem Verfasser nicht darum polemisieren, ob sein Programm tatsächlich der Absicht entspringt, vor allem im Interesse unsres polnischen Volkes zu wirken. Das ist ein peinliches Thema. Wir wollen dagegen, wenn auch nur auf einen Moment, auf das vom Verfasser vorgeschlagene „gemeinsame Wirken in wirtschaftlichen und humanitären Fragen“ übergehen. Wir vermögen uns allerdings nicht zu begeistern für die „mit gemeinsamen Kräften auf dem Felde der Kultur und der humanitären Einrichtungen zu erfüllenden Aufgaben. Denn abgesehen von den kulturellen Instituten wissen wir wohl von den germanisatorischen Tendenzen sogar der humanitären Einrichtungen, von den Krippen angefangen und mit den großen Provinzial-Anstalten endigend. Eine Volksgemeinschaft, welche solche Erfahrungen hinter sich hat, muß sich sagen: erst Taten auf der gegnerischen Seite, Taten und nochmals Taten, — dann werden wir anfangen, Vertrauen zu schöpfen.

Was das gemeinsame Handeln in wirtschaftlichen Fragen betrifft, so verwahrt der Verfasser sich dahin,

daß er nur im Sinne habe, „Kleinbahnen, Fabriken, Verkaufsgenossenschaften, die Hebung der Schifffahrt, der Fischerei usw.“. Indes im ersten Artikel spricht der Verfasser ausdrücklich von „Organisationen, welche jede Rationalität als eigene geschaffen habe“, und welche der Verfasser allmählich durch gemeinsame gemischte Organisationen ersetzen möchte. Das ist etwas ganz anderes, als „Kleinbahnen“ usw., wenn gleich wir Verständnis haben für die Tragweite von Kleinbahnen, Schifffahrt, Fischerei usw. Wir wiederholen: Seien wir vorsichtige Politiker, erwägen wir die Worte, welche wir als politische Werte in Umlauf setzen, sonst werden wir trotz der allerbesten Absichten der eigenen Sache schaden und sie auf eine schiefe Ebene wälzen, während die Verhältnisse sich so gestalten, daß unser politisches Interesse mehr als je mannhaftes Gleichgewicht heischt.

Aus Nr. 217 des Postep (Posen)
vom 23. September 1911:

Der neue Oberpräsident.

Über den neuen Oberpräsidenten unseres Großpolens läßt man sich nach allen Seiten hin aus. Die deutschen Zeitungen sind voll von Stimmen über ihn und die polnische Presse beschäftigt sich natürlich gleichfalls mit ihm. Ein gewisser Teil der deutschen Presse schreibt, daß unter der Leitung des neuen Oberpräsidenten den Polen im Posenischen gegenüber ein sanfteres Regiment Platz greifen wird.

Solche vielleicht aus Berechnung losgelassenen Gerüchte muß man mit der größten Vorsicht aufnehmen, denn eine deutsche Zeitung hat mit Recht geschrieben, daß nicht der Oberpräsident in Posen der Politik den Ton angibt, sondern daß stets Berlin herrscht. Der Oberpräsident ist der Ausführer des Systems, das Berlin diktiert. Allerdings kann der Oberpräsident bei der Ausführung der Anordnung einen höflicheren und taktvolleren Ton anschlagen, aber das herrschende System kann er nicht ändern.

Herr Schwarzkopf ist nicht etwa ein Freund der Polen, im Gegenteil, er hat häufig im preußischen Abgeordnetenhaus als Vertreter des Kultusministeriums das preußische System halbstarrig verteidigt und verschiedene Ausfälle gegen unsere Volksgesamtheit gemacht. Er hat den Titel eines Doktors der protestantischen Theologie, was bedeuten könnte, daß der Protestantismus in unserm Großherzogtum seiner kräftigen Unterstützung gewärtig sein kann. Ferner war Herr Schwarzkopf Beirat in der Ansiedlungskommission, was uns sicherlich nichts Gutes prophezeit. Die hakatistische Schlesische Zeitung erwähnt, daß der neue Oberpräsident der polnischen Politik gegenüber kein unbeschriebenes Blatt sei, denn es sei von ihm bekannt, daß er in der Zeit des Schulstreiks seine starke Faust gezeigt habe.

Alles dies beweist, daß der neue Oberpräsident sich den Polen gegenüber nicht durch solche Rücksichtnahme auszeichnen wird, wie dies manche verkünden, und sogar die Hakatisten schenken ihm großes Vertrauen, daß er allerhöchstens nicht so hartnäckig wie sein Vorgänger, Herr Waldow, auf der Enteignung beharren wird, was eine der Hauptursachen seines Rücktritts gewesen ist.

Es fällt uns der Donnerstagartikel des Dziennik Poznański auf, der an den Oberpräsidentenwechsel allzu weitgehende Hoffnungen knüpft, die einen Teil unserer Volksgesamtheit wieder in Verwirrung bringen können. Er schreibt allzu viel über ein gerechtes Regiment auf der konstitutionellen Grundlage der Gleichberechtigung

Wenn in dem preußischen Anteil ein gerechteres Regiment Platz ergreifen soll, dann müßten vor allen Dingen diese Ausnahmegesetze aufgehoben werden, die seit langen Jahren auf uns lasten und die man seit der Zeit des französischen Krieges auf den Gipfel getrieben hat. Dies wird kein Oberpräsident ändern, der, ob er will oder nicht will, mit jenen Gesetzen rechnen muß.

Nach einem sanfteren Regiment in Preußen uns gegenüber sieht es ganz und garnicht aus. Geben wir uns in dieser Hinsicht auch keinen Täuschungen hin. Die preußische Regierung hat ihr System, um uns nach Möglichkeit zu schwächen, und an diesem hält sie fest. In politischer Hinsicht sind wir fast aller Rechte beraubt. Was den Deutschen erlaubt ist, das ist uns verboten. Die Deutschen lernen in der Schule deutsch, die Polen haben nicht ein Bröckchen der polnischen Sprache. Die Deutschen können nach Belieben Grund und Boden erwerben und auf ihm sich anbauen, uns hat man in dieser Hinsicht Beschränkungen auferlegt, die jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn sprechen. Dies sind nur die zwei grellsten Beweise für unsere Gleichberechtigung. Wie kann man sich dem gegenüber auf das Gerechtigkeitsgefühl berufen.

Das Schwagen von gemeinsamer Tätigkeit, von gemeinsamen Aktionen in wichtigeren humanitären und wirtschaftlichen Fällen ist durchaus nicht angebracht, denn diese Gemeinsamkeit der Unternehmungen gereicht gewöhnlich den Polen zum Schaden. Wir sind seit langen Jahren an die züchtigende Hand gewöhnt, aber wir leben, allerdings sehr schwer, wir sind noch immer da und verlieren durchaus nicht an Geist und Energie. Die Schwächung dieser unserer nationalen Energie wäre das größte Übel, und es fehlt auf unserer Seite nicht an verschiedenen gleichgültigen Elementen, die unsern nationalen Leben im Wege stehen.

Verhalten wir uns gegenüber dem Wechsel im Oberpräsidium in Posen so, als wenn überhaupt kein Wechsel eingetreten wäre, denn in der Tat wird auch kein Wechsel im Regiment eintreten, und schwächen wir nicht unsere polnische Intensität, was sehr leicht eintreten könnte. Denn zur überflüssigen Loyalität sind wir sehr geneigt, wie dies die früheren Jahre gezeigt haben, und auch so schon betreiben Tausende auf eigene Faust diese Loyalität und Nachgiebigkeit zum Schaden unserer polnischen Interessen.

Bauen wir also keine Lustschlösser, wir haben schon zu viele Täuschungen erfahren. Seien wir uns unser bewußt.

Aus Nr. 39 der Praca (Posen)
vom 24. September 1911:

Der neue Oberpräsident.

Seit vielen Monaten spulte in der Presse hartnäckig das Gerücht, daß zwischen Herrn von Waldow, dem Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen, und dem Landwirtschaftsminister Baron von Schorlemer, sich auf dem Boden der antipolnischen Politik ein so bedeutender Gegensatz der Anschauungen gebildet habe, daß einer von diesen beiden Männern aus dem Amte scheiden müsse.

Die Haktisten prophezeiten allerdings dem Minister den Sturz. Schnell genug überzeugten sie sich indessen, daß hinter der Politik Schorlemers der Ministerpräsident und Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg stand, und da verstanden sie, daß nicht für Schorlemer, sondern für Waldow die letzte Stunde geschlagen hatte.

Der Rücktritt Waldows war also nur eine Frage der Zeit. Es hing von dem Finden einer geeigneten Persönlichkeit ab, die das Posener Erbe antreten konnte.

Es muß dies keine leichte Sache gewesen sein, da sie soviel Zeit in Anspruch genommen hat. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden nun so diskret geführt, daß die Presse bis zum letzten Augenblick das Ergebnis nicht kannte, ja nicht einmal ahnte. Man nannte die verschiedensten Namen, aber wir erinnern uns nicht, daß der Name Philipp Schwarzkopffs genannt worden ist.

Man ernannte ihn also zum Nachfolger Waldows. Angeblich soll Herr Schwarzkopff schon lange gewünscht haben, in Posen das leitende Amt zu übernehmen.

Als Besitzer von Zborowo unterhielt Herr Schwarzkopff schon seit langer Zeit lebhaft Beziehungen zu dem Großherzogtum, und als Unterstaatssekretär im Kultusministerium, in welchem er eine hervorragende, ja angeblich fast die leitende Rolle spielte, hatte er Gelegenheit, die gegenwärtig in so hohem Maße brennende polnische Frage vortrefflich kennen zu lernen.

Unserer Volksgesamtheit ist er eine wenig bekannte Persönlichkeit. Sein Name erschien in unserer Presse zur Zeit des Schulstreiks, als man über seine Reden referierte, in welchen er in Vertretung des Ministers die Regierungspolitik verteidigte.

Bezüglich der Charakteristik des neuen Oberpräsidenten sind wir also völlig auf die deutsche Presse angewiesen. Und das, was wir in ihr über ihn lesen, ist der Art, daß wir nicht ohne Befriedigung von seiner Ernennung Kenntnis genommen haben.

Gewöhnlich bewahren wir bei dem Wechsel von Ministern oder andern Würdenträgern, die auf die Gestaltung der antipolnischen Politik einen entscheidenden Einfluß besitzen, völlige Reserve. Wir wissen nämlich, daß nur die Personen wechseln, das System aber das gleiche bleibt, wie es vorher gewesen war. Diesmal scheint es anders zu sein. Nach den Äußerungen der deutschen Presse, sowohl der haktistischen als auch der liberalen, zu urteilen, scheint der gegenwärtige Wechsel etwas mehr zu sein, als nur ein Wechsel der Personen und der Dekoration. Und wenn es auch nicht angebracht ist, eine Änderung des antipolnischen Systems zu prophezeien, wie dies manche deutsche Zeitungen tun, so scheint es uns demnach nicht ausgeschlossen zu sein, daß die Ernennung Schwarzkopffs die Ankündigung eines Wechsels auf dem Gebiete der politischen Methoden und der taktischen Mittel ist, die indessen zur Erreichung des unveränderten, wirklichen Zieles der Germanisationspolitik in unserm Landesteil dienen sollen.

Den Haktisten paßt diese Ernennung allerdings nicht. Das hiesige Tageblatt begrüßt den neuen Oberpräsidenten mit süßsaurer Miene, aber es spricht ihm nicht jedes Vertrauen ab, wenn es auch voraussetzt, daß der neue Oberpräsident „vielleicht mit andern Mitteln und auf andern Wegen“ dem Deutschtum zu Hilfe kommen und die feindlichen polnischen Bestrebungen bekämpfen wird.

Wie es werden wird, wird die Zukunft zeigen. Die Hauptsache ist die, daß unsere Volksgesamtheit die Lage gehörig einschätzt und sich nicht von jenen Bahnen drängen läßt, auf denen sie seit vielen Jahren ihre Politik ruhig und sachlich geführt hat.

Unser Weg ist grade und klar. Wir erstreben die Kräftigung der Volksgesamtheit auf wirtschaftlichem Gebiete, die Hebung des Nationalbewußtseins und des kulturellen Niveaus. Die Konsolidation in sozialer und politischer Hinsicht, damit wir fähig sind, unsere Rechte gehörig zu verteidigen, und es verstehen, jene zu suchen, die man uns abstreitet. Alle diese unsere Bestrebungen sind öffentliche, mit Hilfe moralisch und gesetzlich gestatteter Mittel. Wir tun deshalb nichts, was man für überflüssig oder von unserer Ausnahmelage diktiert halten könnte, nichts, was man sogar für den Fall einer gründlichen Änderung des politischen Systems in

unserm Landesteile unterlassen könnte. Mit einem Worte gesagt, wir tun das — und zwar in Folge der uns in den Weg gelegten Hindernisse — nur unvollkommen, was jede gesunde und um ihre Zukunft besorgte Volksgesamtheit tun muß. Deshalb ist es völlig ausgeschlossen, daß wir jemals auch nur einen Schritt von den erprobten Normen in unserer Kollektivarbeit abweichen sollten.

Wenn also manche deutschen Zeitungen nach der Ernennung des Herrn Schwarzkopf eine Wendung in der deutsch-polnischen Politik erwarten, so müssen wir bemerken, daß dies ausschließlich in den Händen der Regierung liegt. Wir werden daran erkennen, daß sich irgend eine Wendung vollzieht, daß uns die Rechte zurückgegeben werden, die das gegenwärtige System vergewaltigt, beschneidet oder aufhebt. Dahin ist allerdings noch ein weiter Weg.

So wie die Politik der Regierung in ihrem Wesen unverändert bleiben wird, wird auch unsere Politik keinen grundsätzlichen Änderungen unterliegen. Der Kampf wird weitergeführt werden und in diesem Kampfe wird jene Partei den endgültigen Sieg erringen, auf deren Seite die größere moralische Kraft sein wird. Da nun das Gefühl des Rechts die moralische Kraft stärkt und vermehrt, und auf der Gegenseite dies Gefühl nicht vorhanden sein kann, auf unserer Seite aber nicht fehlen kann, deshalb steht in den Sternen unser Sieg geschrieben. Wenn wir nur nicht an unserer Kraft zweifeln — nicht etwa an unserm Recht, denn davon kann nicht die Rede sein — und mit der Arbeit nicht aufhören!

Aus Nr. 218 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 21. September 1911:

Wie die „Berichte“ über die polnischen Versammlungen aussehen, die von den überwachenden Beamten der höheren Behörde erstattet werden.

Welche Leute die Polizeibehörde zum Zwecke der Überwachung polnischer Versammlungen entsendet, und welche „Berichte“ über die Versammlungen und die öffentlichen Zusammenkünfte an die höhere Behörde gehen, das wird in interessanter Weise durch nachstehenden Fall dargestellt:

In Janikowo bei Hohenjalza, das in das kulturelle Amsee umgetauft worden ist, hatte die polnische Berufsvereinigung in Posen eine Arbeiterversammlung einberufen, und zwar auf Bitten einiger dortiger Arbeiter, um eine Ortsfiliale zu gründen.

Diese Versammlung fand am Sonntag, den 27. August, statt. Als Redakteur der vorliegenden Zeitung sprach ich im Auftrage der Redaktion in der Versammlung in Amsee. Als Thema hatte ich gewählt: „Die heutige Lage des Arbeitnehmers und sein Verhältnis zum Arbeitgeber.“ Weiter sprach ich unparteiisch über die Pflichten des Arbeiters sich selbst und der Volksgesamtheit gegenüber.

In meinen Ausführungen wies ich auf die Notwendigkeit hin, daß der Arbeiter, solange er gesund und arbeitsfähig ist, an die Zukunft denken, daß er sich für den Fall der Arbeitsunfähigkeit sichern muß. Ich forderte ferner die Versammelten auf, sich in der polnischen Berufsvereinigung zu organisieren, damit, sobald die Notwendigkeit herantritt, es ihnen leichter fällt, ihre Existenz, ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verbessern. Der Arbeiter kann nämlich nur auf diesem Wege seine Zukunft sichern, wenn es ihm möglich sein wird, von seinem Verdienst einige Groschen für die Stunde der Arbeitsunfähigkeit zurückzulegen, oder wenn

er seinen Kindern eine entsprechende Erziehung und eine bessere Existenz wird gewähren können.

Schon über 10 Jahre diene ich der Volksgesamtheit als Redakteur, und 16 Jahre arbeite ich in polnischen Vereinen, überwiegend in Arbeitervereinen. Selbst dem Handwerkerstande entstammend, kenne ich unser Volk und seine Bedürfnisse so gut, daß ich weiß, was unserem Arbeiter nützt und wie man zu ihm sprechen muß.

Jede Sache hat nun, wie auch die Medaille, ihre zwei Seiten. Man kann also nichts einseitig behandeln, denn man dient dadurch nicht der Sache, sondern schadet ihr im Gegenteil.

Einseitig behandeln die Arbeiterangelegenheiten häufig nur die Sozialisten, aber nicht etwa aus herzlichem Wohlwollen für die Arbeiter, sondern nur dann, wenn sie wissen, daß dies in ihrem Interesse erforderlich ist. Besonders wenn es sich um die Aufhebung der Arbeiterklasse gegen die besitzende Klasse handelt, um während der Wahlen oder bei einer andern Gelegenheit Verwirrung hervorzurufen, wenn es ihnen darauf ankommt, Anhänger für ihre verkehrten Ideen zu gewinnen. Ich halte mich an den berechtigten Grundsatz, die Lohnangelegenheiten der Arbeiter unparteiisch zu behandeln, wobei ich mir bewußt bin, daß man nur durch Eintracht und gegenseitiges Wohlwollen die Lage unserer ganzen Volksgesamtheit verbessern kann; so oft ich nun öffentlich das Wort ergriffen habe, bin ich niemals gegen die Arbeitgeber, sowie gegen die besitzende Klasse überhaupt, feindlich aufgetreten.

Freilich gebe ich das zu, daß ich bemüht bin, in unserem Arbeiter das Gefühl für nationale Würde zu erwecken, damit der Arbeiter, wenn er beim Juden arbeitet, ihm nicht zu Füßen fällt, damit er einem Fremden nicht gestattet, seinen Glauben und seine Nationalität verächtlich zu behandeln. Ich habe mich stets bemüht, den Arbeiter zu überzeugen, daß er außer redlicher Arbeit seinem Arbeitgeber nichts weiter zu geben braucht, und daß es die Pflicht des polnischen Arbeiters ist, daran zu denken, wer er seinem Glauben und seiner Abstammung nach ist.

Es ereignet sich häufig, daß der beim Juden arbeitende Arbeiter denkt, daß jener Jude ihm eine große Gnade erweist, und er würde Gott und seinen Bruder dem Juden verkaufen. Und der Grund hierfür ist nicht immer böser Wille, sondern Unkenntnis und die Angst, daß er bei seinem Herrn Arbeitgeber in Ungnade fallen könnte. Haben wir denn wenig Beispiele dafür, daß Juden, die polnisch-katholische Arbeiter beschäftigen, zu ihrer herzlichen Genugtuung diese an Feiertagen, sogar während des Gottesdienstes, arbeiten lassen! Aber es gibt über dies Thema allzu viel Material, versparen wir es uns auf später; und heute bemerke ich nur, daß ich gesagt habe, daß — nur Gott im Himmel Brotgeber ist. Und das habe ich gesagt, daß es dem Arbeiter schlecht gehen wird, der sich lediglich auf die Gnade seines Arbeitgebers verlassen will. Der Arbeiter braucht also nur gewissenhaft zu arbeiten, und sobald er sich dessen bewußt ist, daß er von seinem Arbeitgeber auch nicht einen Groschen umsonst nimmt, daß er ihn nicht durch Unredlichkeit schädigt, dann muß er mit Recht auch so viel fordern, daß er in seinem Stande entsprechendes anständiges Leben führen, seine Familie unterhalten kann und daß er durch seine Arbeit auch eine gesicherte Zukunft erhält.

Ich habe also gesagt:

„Wie jener Kapitalist mit seinem Gelde arbeitet, damit es sich am besten verzinst, so muß sich auch dieser Arbeiter, dessen Vermögen und ganzes Kapital seine Gesundheit und Arbeitskraft ist, darum bemühen, so viel zu verdienen, daß er nach Verlust der Gesundheit

und Kraft es nicht nötig hat, seine Hände nach einer Unterstützung auszustrecken.

Ich habe weiter auch davon gesprochen, daß sich das Judentum durch die Arbeit des armen polnischen Arbeiters und durch die ihm von jenen zugetragenen Groschen bereichert, die auch jetzt noch nicht unsere kritische Lage verstehen. Und wie viele Jüdchen haben nicht ungeheure Kapitalien aus dem Großherzogtum nach Breslau, Berlin, Paris usw. fortgeschleppt. Bei uns haben sie das Kapital gesammelt und haben es uns aus dem Lande geschleppt. Und unter solchen Verhältnissen soll der Arbeiter, besonders der polnische Arbeitnehmer, irgendwelche Hoffnungen hegen, seine Lage zu verbessern?"

Ich habe auch auf die Arbeiterhäuschen der Ansiedlungskommission hingewiesen, ich habe auch erwähnt, daß man uns unsere vaterländische Erde immer mehr unter den Füßen fortzieht. Aber hierbei habe ich die versammelten Arbeiter aufgefordert, dieses Land, unsere geliebte Mutter, von ganzem Herzen zu lieben, nicht der Arbeit wegen in die weite Welt zu ziehen.

Hier auf dieser heiligen Erde, unter den Seinigen, möge der Arbeiter ehrlich arbeiten und sich bemühen, seine Arbeitgeber so zufrieden zu stellen, daß ihn Fremde nicht erzeigen und verdrängen können.

Auf die Klagen, die aus der Mitte der Arbeiter laut wurden, daß die deutschen Fabrikbeamten und Maschinisten nicht nur die polnischen Arbeiter verächtlich behandeln und durch Schikanen provozieren, sondern sie auch „polnische Hunde“ schimpfen und sie vor die Tür werfen wollen, sagte ich nur: Beklaget euch bei einem polnischen Herrn, der sich im Vorstand oder im Aufsichtsrat befindet, aber beklaget euch auf ruhige, anständige Art. Traget das euch angetane Unrecht sachlich vor und als euer Landsmann wird er sich eurer annehmen. Falls aber trotz der Beschwerde die Behandlung der polnischen Arbeiter keine andere werden sollte, riet ich ihnen, sich schriftlich an die Redaktion des Dziennik Kujawski zu wenden, indem ich bemerkte, daß die Redaktion bei der Erledigung einer so unangenehmen Angelegenheit die Vermittelung übernehmen würde. In diesem Sinne und nicht in einem andern habe ich in der Versammlung in Amsee gesprochen.

Wie groß war aber mein Erstaunen, als ich die Abschrift des Versammlungsberichts, den der überwachende Gendarm an seine vorgesetzte Behörde gesandt hatte, in die Hand bekam. Auch der leibliche Vater hätte mich nicht an meiner Rede erkannt, wie sie der Gendarm in Amsee in seinem Bericht niedergeschrieben hatte. Der rötteste Sozialist würde sich einer solchen Rede nicht schämen, ja manchmal würde ein solcher nicht einmal eine ähnliche halten. Die üppigsten sozialistischen Phrasen sammeln sich in jenem Bericht über meine Rede.

Von den Juden ist nicht mit einem Wörtchen etwas erwähnt, sondern nur als ob ich allgemein über die Arbeitgeber, und besonders über die polnischen Bürger gesprochen hätte.

„Den blutig im Schweiß des Angesichts von dem armen Arbeiter erarbeiteten Groschen schleppen die Herren nach Paris, London und Italien, und wenn der Arbeiter nicht soviel verdienen kann, verkauft man das Land, um in der Fremde weiter leben zu können. Die preußische Ansiedlungskommission und die russische Knute haben uns die Augen geöffnet, wie weit wir fortgeschritten sind, daß wir bis jetzt geschlafen haben. Also, geliebte Brüder, gehört das Geld nur dem Besitzer? Nein, ihr Teufel, der mit unserem Schweiß benetzt ist, gehört für unsere schwere Arbeit uns.“

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Dem Arbeiter, der durch die Arbeit seine Kräfte abgenutzt hat, sagt man nur: Ich kann dich nicht mehr gebrauchen, denn du bist zu schwach, und man jagt ihn von der Arbeit und verurteilt ihn zur Verbannung und Bettelei.“

So sieht mein Referat im Bericht des Gendarmen aus.

Als zweiter sprach der Delegierte der Berufsvereinigung, Herr Kujawa aus Posen, den der Gendarm zum Sekretär der Berufsvereinigung gemacht hatte. Ob das absichtlich getan worden ist, um größere Sensation hervorzurufen, daß die Mitglieder des Vorstandes Politik treiben? Es spricht indessen das dafür, daß auch die Rede des Herrn Kujawa der überwachende Gendarm nach seinem Verständnis so niederschrieb, wie sie ihm nach seinem Verständnis am leichtesten war, in seinem Bericht niederzuschreiben.

Herr Kujawa verlas die Statuten der Berufsvereinigung, erklärte sie und wies auf die sich aus ihnen ergebenden Vorteile für die organisierten Arbeiter hin, er sprach auch über die Wochenbeiträge und über die Unterstützungen, die die Berufsvereinigung ihren Mitgliedern im Falle der Arbeitslosigkeit, beim Fehlen von Arbeit, zur Reise, im Krankheits- oder Todesfalle des Mitgliedes oder seiner Frau gewährt. Weiter besprach er die bisherige Tätigkeit der Vereinigung, welche außer Streiks bisher 46 für die Arbeitnehmer günstige Lohnsätze durchgeführt hat. Ferner besprach Herr Kujawa rein berufliche Lohnangelegenheiten, ohne mit einem Wörtchen die Politik zu berühren.

Dem Herrn Gendarm war das Referat des Herrn Kujawa wahrscheinlich allzu dürftig, er schmückte es also aus mit der Bemerkung, daß Herr Kujawa den Versammelten die Berufsvereinigung als einen Verein dargestellt habe, der sich nenne: polnisch-demokratischer Arbeiterverein und daß er dem Arbeiterbunde Posen-Bochum angehöre.

Und so hat man ein polnisch-demokratisches Schreckgespenst in Gestalt der polnischen Berufsvereinigung fabriziert, die sich mit nichts anderem als nur rein beruflich-wirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt. Wenn jener überwachende Herr Gendarm nicht gewußt hat, wie der Name „Zjednoczenie“ ins Deutsche zu übersetzen ist, dann hätte er jemanden von den Anwesenden fragen können und dieser hätte ihm gesagt, daß das „Polnischer Berufsverband“ heißt.

Mit einem Worte, das ganze Referat ist so durcheinandergehechelt, daß man sich infolge dessen nicht wundern kann, wenn in Berlin unsere Abgeordneten einmal über das andere vorgeworfen wird, daß die Versammlungsredner zu Gewalttätigkeiten aufreizen und hegen einer Klasse der Bevölkerung gegen die andere veranstalten.

Diese „Berichte“ gehen weiter, bis nach Berlin, aber dort weiß man leider nicht, was für Leute man zur Überwachung polnischer Versammlungen schickt. Den Gendarmen kann man noch nicht beschuldigen, daß er den Bericht über eine öffentliche Versammlung bewußt umgeändert hat. Nein, er schreibt so, wie er es versteht, und wie trefflich ein solcher Beamter die polnische Sprache beherrscht, dafür ist der vorstehend angeführte Fall ein Beweis.

Und auf Grund solcher „Berichte“ begründet man die Notwendigkeit der antipolnischen Politik, die Anwendung von Ausnahmegeetzen zur Verteidigung des angeblich von der großpolnischen Agitation bedrohten Deutschtums. Das bedrückte Deutschtum muß man gegen die polnische Frechheit schützen. Die polnischen öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen muß man auflösen — versteht sich auf Grund solcher Berichte wie der vorstehende. Und dies geschieht im Reiche des

Rechts und der Gottesfurcht, das sich auf dem Gipfel der Kultur befindet.

M. Roskowiç.

Aus Nr. 220 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. September 1911:

Eine neue Gefahr.

Die Gefahr, die ewig darauf lauert, für uns bei irgend einer Gelegenheit hervorzukriechen und unsere nationale Energie zu schwächen, ist die Versöhnlichkeit gewisser Schichten unserer Volksgesamtheit. Es liegt in ihrem Blute, daß sie sich ohne Ragenbuckeln vor dem Feinde nicht begeben können, und daß sie stets mehr auf Ränke rechnen, als auf die moralische Kraft der eigenen Volksgesamtheit.

Als Beweis hierfür genügt es, in unserer Geschichte nach der Teilung auf das Jahr 1831 hinzuweisen. Damals befehligte Skrzyniecki eine prachtvolle Armee, die von hohem Mute und Opferbereitschaft belebt war. Das ganze Land erwartete das Zeichen zum Kampf, das Volk sammelte sich unter den nationalen Standarten. Die russische Armee befand sich dagegen in der schlimmsten Lage. Es war nur ein entschiedener Schlag erforderlich, um sie völlig zu zermalmen und das Land vom Feinde zu befreien. Leider verstand es aber Skrzyniecki nicht, sich zu diesem Schritt aufzuraffen. Anstatt sich zu schlagen, wie es einem Soldaten geziemt hätte, begann er mit Petersburg zu unterhandeln. Die Folge war die, daß die Russen sich von den ihnen geschlagenen Wunden erholten, und daß einige Monate später die siegreiche polnische Armee in einer Stärke von 70 000 Mann die preussische Grenze überschritt und sich bei Brodnica den Preußen ergab.

Es weinte der polnische Soldat und verfluchte die unfähigen Generale, und der Maßstab der Entrüstung des Heeres war das Erschießen des Generals Wielgud durch einen Subalternoffizier.

Der unglückselige Mangel an Selbstvertrauen hatte es bewirkt, daß der herrlichste Abschnitt in unserer Geschichte nach der Teilung ein klägliches Ende fand, daß die ungeheuren Anstrengungen der Nation vergebliche waren, daß der herrlichste Sieg des polnischen Schwertes uns keinen Nutzen brachte.

Wenn auch nur ein Fünkchen Wahrheit in dem Sprichwort steckt, daß die Geschichte die Lehrerin der Nationen ist, dann müßte uns das vorstehende Beispiel ein für allemal davon abschrecken, Versöhnungspolitik zu treiben. Und wir haben so viele Beispiele! Trotzdem sind wir indessen unverbesserlich.

Wenn irgendwo nur irgend ein Wort fällt, daß es uns besser gehen könnte, wenn wir nicht so unveröhnlich wären, gleich erscheinen solche politischen Klugredner in der Art des St. Turno und seiner Freunde und verkünden der Welt, daß die Polen vor der Regierung gern Ragenbuckeln wollten, und daß nur eine Handvoll von Radikalen dagegen sei.

Gegenwärtig hegt man wieder die Befürchtung, daß die Versöhnungsparteiler ihre Stimmen erheben werden. Im Dziennik Poznański sind die ersten Töne der Melodie zum Versöhnungshüpfen bereits ershallt. Gelegenheit hierzu bot ihm die Ernennung des neuen Oberpräsidenten Dr. Schwarzkopff, der als anständiger Mensch gilt. Er denkt angeblich nicht daran, die Polen mit denselben preussischen Mitteln zu knebeln, wie seine beiden Vorgänger. So erklären übereinstimmend die deutschen Zeitungen, worüber sich unsere Versöhnungsparteiler sofort freuen, wie Nackle in den Brenneffeln. Wir können also neue versöhnungsparteiliche Komödien erwarten, wie z. B. Wanderungen nach dem Schloß usw.

Wir sehen in allen Versöhnungsversuchen eine ernste

Gefahr, denn sie schwächen unsere nationale Energie und führen schließlich zu nichts. Möge Herr Dr. Schwarzkopff sein wie er wolle, wenn er ein gerechter Mensch sein wird, dann muß sich jeder anständige Mensch freuen, weil Gerechtigkeit das Fundament des Staates ist. Völlige Gerechtigkeit ist indessen in unseren Verhältnissen unmöglich, denn man müßte alle antipolnischen Gesetze aufheben. Von ihr sprechen könnten wir, wenn Herr Dr. Schwarzkopff uns erklären würde, daß er uns weder vernichten noch entnationalisieren will, und wenn er danach handeln würde. Aber daran glaubt nur ein politisches Kalb. Der neue Oberpräsident wird uns höchstens auf sanftere und höflichere Art als seine Vorgänger zu Deutschen umarbeiten wollen, und uns ist es gleichgültig, ob man uns mit stärkeren oder mildernden Giften vergiftet. Der Endzweck ist stets der, uns den Tod zu bringen.

Schließlich haben wir keine Veranlassung zur Änderung unserer Haltung, die sich auf die Verfassung stützt und durch das Gesetz reguliert ist. Wir erfüllen unsere Pflichten und verlangen lediglich vom Staate, daß er seine Pflichten uns gegenüber ebenfalls erfüllt. Wenn er sich bis jetzt uns gegenüber nur von Ungerechtigkeit hat leiten lassen, so kann sich niemand darüber wundern, daß er unsere Liebe nicht gewonnen hat.

Unsere Haltung gegenüber dem Staate bedarf keiner Revision. Wir werden aber nichts dagegen haben, wenn der Staat seine Haltung uns gegenüber einer Revision unterziehen wird, denn sie bedarf in der Tat einer Revision. Die Hand nach Herrn Dr. Schwarzkopff auszustrecken und vor ihm zu Ragenbuckeln, damit er uns gnädigst gestattet, wenn auch nur seinen Fingernagel zu ergreifen, das verträgt sich weder mit unserem Interesse, noch mit der nationalen Ehre. Schon so häufig hat man die, die sich vor dem Preußen demütig geneigt haben, mit dem Fuß gestoßen, daß sie endlich vorsichtig sein müßten. Wenn es aber schon ihnen selbst auf die eigenen edlen Körperteile nicht ankommt, dann mögen sie wenigstens nicht die Volksgesamtheit in diese Abenteuer hineinziehen. Sie denkt daran, daß man ihr schon häufig zugerufen hat: „Fort mit den Täuschungen! Die Versöhnungsparteiler könnten also leicht von zwei Seiten etwas abbekommen!“

Aus Nr. 214 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. September 1911.

Goryszewo verloren.

Goryszewo in Händen der Ansiedelungs-Kommission: Das ist eine der neuesten Neuigkeiten. Goryszewo, ein fast 1000 Morgen großes Gut im Kreise Mogilno, Parochie Kwieciszewo, hat Frau Bogusławska am Freitag dem Wirt Wojtasz aus Neumarkt in Westpreußen verkauft und dieser übereignete es noch an demselben Tage der Ansiedelungs-Kommission.

Frau Bogusławska führt zu ihrer Entschuldigung an, ihr Sohn, Dr. Bogusławski, habe in der Volksbank in Neumarkt günstige Informationen über den Vater des Wojtasz, den Besitzer des 1100 Morgen großen Gutes Dytrychowo erhalten. Diese Einzelheit stimmt, das kann aber die Schuld der Frau Bogusławska nicht wesentlich mildern, und um so weniger die ihrer erwachsenen Kinder, sowie der Familie überhaupt.

Vor allem brauchte Frau Bogusławska nicht zu verkaufen. Ihr verstorbener Mann hatte als Pächter von Duszno etwas erspart und Goryszewo sehr billig, zu etwa 200 Mark für den Morgen, gekauft. Es folgten gute Jahre, Goryszewo warf vorzügliche Einkünfte ab. Jetzt ist das Gut mit über 600 Mark für den Morgen verkauft worden einzig deshalb, um die Erbteilung auszuführen. Und wer hat vermittelt?

Ein gewisser Bielatowski aus Hohenjalza, bezüglich dessen es in Stadt und Umgegend zweierlei Meinungen nicht gibt. Schon einmal hatte sich P. aufgedrängt; damals ist die Familie Boguslawski mit Erfolg gewarnt worden. Derselbe Bielatowski näherte sich jetzt; man stieß ihn nicht zurück, vielmehr verkaufte man das Gut dem von ihm empfohlenen Wojtasz jun. und zwar ohne gesetzlichen Vorbehalt.

Die Familie Boguslawski hat sich damit das Recht erwirkt, im schwarzen Buche der Kolonistoren zu figurieren.

Aus Nr. 218 des Lech (Gnesen)
vom 23. September 1911:

Siefige oder ausländische Arbeiter?

Die Zuckerfabrik in Gnesen baut gegenwärtig Arbeiterbaracken, die für etwa 100 Arbeiter Raum bieten. Das bedeutet, daß die Zuckerfabrik in Zukunft während der Kampagne auch ausländische Arbeiter beschäftigen will. Mancher unserer Leser wird sich sicherlich fragen, daß es doch besser ist, polnische ausländische Arbeiter zu beschäftigen, als deutsche Ansiedler, und dies mit Recht. Unserer Ansicht nach müßte man aber vor allen Dingen den hier ansässigen Arbeitern Arbeit und Brot geben.

Wir teilen die polnischen Arbeiter nicht in großpolnische, schlesische, galizische usw., wir geben keinem von ihnen den Vorzug, weil alle Söhne ein und desselben Vaterlandes sind, wir treiben keine enge Anteilspolitik, sind aber trotzdem der Ansicht, daß vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet, in diesem Falle der Ersatz des hiesigen Arbeiters durch ausländische Arbeiter eine schädliche Sache ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Heranziehen ausländischer Arbeiter den hiesigen Arbeiter zwingt, das Heimatland zu verlassen und in die Fremde zu wandern. Auf diese Art verlieren die polnischen Kaufleute, Industriellen und Handwerker einen Konsumenten, der seinen ganzen Verdienst bei ihnen in Waren umsetzte. Der ausländische Arbeiter bietet hierfür in keiner Hinsicht einen Ersatz. Zunächst bleibt er nur für die Dauer der Kampagne hier, d. h. also etwa drei Monate, und dann nimmt er, da er geringere Bedürfnisse hat, einen bedeutenden Teil seines Verdienstes mit nach Galizien oder nach dem Königreich. Auf diese Art erleiden die Gnesener Kaufleute, Industriellen und Handwerker bedeutende Verluste. Und doch müßte uns in erster Linie daran liegen, daß in so sehr bedrohten Städten wie Gnesen, um das sich der Ring der Ansiedlungskommission immer enger zusammenzieht, unser Besitzstand sich nicht nur nicht verringert, sondern sich immer mehr vergrößert. Jeder aus Gnesen auswandernde Arbeiter schwächt unsere sowieso schon schwierige Position.

Noch aus einem zweiten Grunde muß man den Ersatz des ansässigen durch den ausländischen Arbeiter verdammen. Der ausländische Arbeiter darf sich in Preußen nicht organisieren. Im Falle irgendeiner Lohnbewegung der organisierten ansässigen Arbeiter wird der ausländische Arbeiter natürlich zum Streikbrecher, er bildet ein Hemmnis für die Lohnbewegung der Arbeiter und hindert die hiesigen Arbeiter daran, günstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Ob die Zuckerfabrik in Gnesen diesen Grund im Auge hatte, als sie sich an den Bau von Baracken für die ausländischen Arbeiter machte, das wissen wir nicht, aber diese Annahme hat viel Wahrscheinlichkeit. Der entscheidendste Grund für die Zuckerfabrik war wahrscheinlich die Rücksicht auf die niedrigen Löhne der ausländischen Arbeiter. Die Zuckerfabrik in Gnesen

hat aber nun ganz und gar keine Veranlassung, an den Arbeiterlöhnen zu sparen. Die Aktionäre erhalten 20 und einige Prozent Dividende, wenn also sogar in Folge erhöhter Arbeitslöhne diese Dividende auf 20 Prozent zurückgehen würde, würden sie noch nicht bankrott machen, und der Arbeiter hätte für seine schwere Arbeit eine einigermaßen auskömmliche Bezahlung. Wir sehen darin eine große Schädigung unseres Arbeiters, daß die Zuckerfabrik ausländische Arbeiter heranzieht, was zweifellos einen Rückgang der Löhne veranlassen und die organisierte Arbeiterbewegung ungünstig beeinflussen muß. Mögen sich die Aktionäre mit einem anständigen Gewinn begnügen, und sie werden sicherlich nicht zu solchen geradezu schädlichen Mitteln ihre Zukunft nehmen brauchen.

Man muß sich jetzt darüber klar werden, wie man solche und ähnliche schädliche Machinationen unmöglich machen kann.

Aus Nr. 220 des Lech (Gnesen)
vom 26. September 1911:

Der Direktor der Zuckerfabrik in Gnesen, Herr Abgeordneter Grabski, teilt uns mit, daß er gezwungen sei, ausländische Arbeiter heranzuziehen, weil sich während der Kampagne Mangel an hiesigen Arbeitern fühlbar gemacht habe.

Wir werden auf diese Sache noch zurückkommen.

Aus Nr. 218 des Lech (Gnesen)
vom 23. September 1911:

Übertriebene Gastfreundschaft.

Man schreibt uns aus der Gegend von Kotschin:

Die katatistischen Zeitungen haben den Polen den Vorwurf gemacht, daß sie sich während der diesjährigen Manöver den deutschen Soldaten gegenüber feindlich verhalten hätten. Indessen widersprechen die Tatsachen dieser verleumderischen Mitteilung, wie dies der nachstehende Fall beweist:

Als ich in einer der letzten Nächte durch das Dorf Tarnowo fuhr, dessen Besitzer Herr Michael v. Sokolnicki ist, wunderte ich mich nicht wenig, als ich das Gutshaus hell erleuchtet sah und hörte, daß in ihm eine Kapelle deutsche Weisen spielte. Im ersten Augenblick dachte ich mir, daß der alte Sokolnickische Besitz in fremde Hände übergegangen sei, bald aber überzeugte ich mich, daß dem nicht so war, und daß der Besitzer dieses Gutes, Herr von Sokolnicki, auf diese Art die deutschen Offiziere bewirtete, die anlässlich der Manöver zu ihm ins Quartier gekommen waren. Nicht genug damit, daß er sich selbst mit den preußischen Offizieren vergnügte, nein, auch seine junge Frau beteiligte sich an diesem Vergnügen.

Anders empfing sein Vater, der verstorbene Bartholomäus Sokolnicki, preußische Offiziere. Er versagte ihnen nicht die Gastfreundschaft, er veranstaltete aber auch zu ihrem Empfang keinerlei Bankette und Feste, und seine Gattin und seine Töchter verreisten für diese Zeit, um jedes Zusammentreffen mit den Vertretern der „gepanzerten Faust“ zu vermeiden.

Anders versteht heut Herr von Sokolnicki die Gastfreundschaft. Hat er alles Unrecht vergessen, das der polnischen Volksgeamttheit von den Preußen angetan worden ist und noch angetan wird? Es fehlt doch auch in seiner eigenen Familie nicht an wackeren Männern, die ein Opfer unserer Feinde geworden sind, als sie für Polen kämpften und ihr Blut vergossen. Sicherlich hätte sich der Onkel des Herrn M. von Sokol-

niet, der im Nationalaufstand des Jahres 1863 den Heldentod gestorben ist, nicht auf diese Art mit unsern Feinden verbrüderet.

Die National- und Familientraditionen verschwinden immer mehr.

Nicht besser soll es in Koftschin bei dem Propst Fischbach der Fall gewesen sein, der die preußischen Offiziere ebenfalls sehr geräuschvoll aufgenommen hat. Sie konnten angeblich den ihnen vorgesetzten Wein und die im Keller des Propstes herrschende musterhafte Ordnung nicht genügend loben. Also dazu gibt das demütige Volk seinen Groschen her, daß preußische Offiziere dafür Wein trinken können?

Aus Nr. 218 des Lech (Gnesen)

vom 23. September 1911:

Polnische Arbeiter in der Ostdeutschen Ausstellung.

Am Sonntag sandte die Besitzerin von Koninko, Kreis Schrimm, Frau Graßmann, alle Gutsarbeiter in die Ostdeutsche Ausstellung in Posen. So bemühen sich die deutschen Arbeitgeber, die Arbeiter, die bei ihnen beschäftigt sind, zu germanisieren!

Aus Nr. 216 des Oredownik (Posen)

vom 22. September 1911:

Preußische „Duldsamkeit“.

Dolzig, 20. September.

Großes Aufsehen und zugleich Entrüstung rief unter der hiesigen Bürgerschaft die plötzliche Verhaftung des Fräuleins Johanna Nowakowska hervor, welches für eine bestimmte Zeit hierher zu Verwandten, den Herrschaften Smigielski, auf Besuch gekommen war. Das 15-jährige Fräulein Nowakowska, das aus guter Familie stammt (sein Vater ist Wirtschaftsbeamter im Königreich) wußte sich in kurzer Zeit durch Bescheidenheit und musterhafte Führung das Wohlwollen und die Achtung der ganzen hiesigen Bürgerschaft zu gewinnen.

Mit einem Male erhielt Fräulein Nowakowska die Aufforderung, sich am Dienstag, den 19. d. Mts., 4 Uhr nachmittags, auf der Polizei einzufinden. Der Zweck des Termins war nicht angegeben. Dort erklärte ihr der Bürgermeister, sie sei verhaftet und werde am folgenden Tage um 4 Uhr an die Grenze gebracht werden. Ein Schreckensschrei war die Antwort auf diese kategorische Erklärung des Bürgermeisters. Weder Bitten, noch Flehen, man möchte ihr wenigstens gestatten, Kleidung mitzunehmen und sich von den Verwandten zu verabschieden, nützte etwas. Rücksichtslos brachte man sie in den Arrest, um sie am folgenden Tage in Begleitung eines angenommenen Aufsehers an die Grenze zu befördern.

Die Nachricht von dem Vorgang verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der ganzen Stadt, und übte auf die Einwohner unfres im übrigen friedlichen Städtchens einen deprimierenden Eindruck aus.

Auf die seitens der Verwandten an den Bürgermeister gerichtete Frage, aus welchem Grunde die Verhaftung vorgenommen worden sei, gab der Bürgermeister keine Antwort. Angesichts dessen wandte man sich telephonisch an den Landrat in Schrimm. Dieser antwortete, er könne in dieser Sache Schritte nicht tun, da dies Sache der Ortspolizei sei.

Zunmerhin ist die Verhaftung der Nowakowska insofern charakteristisch, als sie die Erlaubnis hatte, bis zum 20. Dezember d. Js. sich in Preußen aufzuhalten.

Aus Nr. 217 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 21. September 1911:

Lumperei.

Das „Posener Tageblatt“ ist sehr unzufrieden, daß die Behörde die Versammlung unter freiem Himmel in Nezwalde gestattet hat. Es gibt der Hoffnung Ausdruck, daß man dem Befürchtungen erweckenden Vorgehen der Polen Hindernisse in den Weg legen wird. Das bedeutet, daß in Zukunft das Recht der Polen auf solche Versammlungen nicht berücksichtigt werden soll.

Niedertracht!

Daselbe Tageblatt fordert den neuen Oberpräsidenten auf, die dem Staate feindlichen Bestrebungen der Polen zu bekämpfen. Wir nehmen an, daß Herr Schwarzkopf ein kluger Politiker ist. Er wird also sicherlich frühzeitig feststellen, daß die Polen nur ihren Glauben und ihre Sprache verteidigen, und daß dies nicht staatsfeindlich ist, weil sie ein Anrecht hierauf haben.

Die Polen zittern dem Posener Hafatisten vor Angst, daß sich am Ende der antipolnische Kurs ändern könnte, denn er sagt, daß man dem Endziel, d. h. der Verdeutschung unserer Landesteile zustreben muß, sei es auf diesem oder auf jenem Wege. Augenscheinlich glaubt er, daß Herr Schwarzkopf nicht Lust hat, auf dem Wege, auf dem man bis jetzt marschiert ist weiterzugehen.

Aus Nr. 218 der Gazeta Polska (Kosien)

vom 26. September 1911:

Aus Lubin (Kreis Kosten)

wird uns geschrieben:

Da aus unserem Dorfe niemand ein Lebenszeichen von sich gibt, könnte man glauben, daß alles bei uns in bester Ordnung ist. Leider ist dem nicht so! Wir haben hier zwei Kneipen, die sich in fremder Hand befinden. Wen findet man dort aber immer? Jederzeit nur unser Arbeiterpöbchen, das mit seinem schwer verdienten Groschen unsere Feinde füttert. Verfloffenen Sonntag veranstaltete der eine Gastwirt ein Schieß- und Tanzvergnügen, an dem sich zum größten Teil unsere Leute herumtrieben. Anstatt sein Haus zu hüten, warf mancher mit dem Gelde umher, als ob er Millionen besäße, während die Familie nichts in den Mund hineinzutun hat. Andere wiederum gossen den „Fusel“ ringsum aus, um nur zu zeigen, daß sie reich seien; dann wird aber alles teurer, denn es ist Geld nötig, um es in die Kneipe zu tragen. Die Gastwirte lachen aber und sagen, daß nur Dummköpfe das Wirtshaus besuchen.

Wie lange wirst du, Böttchen vom Pfluge und du, Handwerker, deiner spotten lassen? Anstatt den Tag des Herrn mit Zeitungslektüre zu verbringen, huldigt ihr dem Kartenspiel, Trinkgelagen und Schlägereien, während die Familie in Not und Sorge mit Flüchen auf den Lippen die Zeit verbringt.

Es wäre die höchste Zeit, wenn es sich unser Herr Propst tatkräftig angelegen sein ließe, daß möglichst bald ein katholisches Vereinshaus errichtet würde, wo man unserem Volke durch Vorträge, Büchereien und verschiedene unschuldige Ver-

gnügungen Zerstreuungen bereiten könnte. Ich wundere mich, daß man in einer so großen Parochie, in der sich so viele gewandte Leute befinden, nicht munter ans Werk geht, um die Angelegenheit auf bessere Bahnen zu lenken. Bei gutem Willen würde jeder einen Baustein hinzufügen und bald stünde ein solches Haus da. Seht euch andere kleinere Parochien und Dörfer an, wo man es durch mühsame Arbeit längst zu Wege gebracht hat, solche katholische Vereinshäuser zu errichten. Nehmen auch wir uns ein Beispiel an ihnen und arbeiten wir in dieser Richtung, damit unser Volk das Böse vom Guten unterscheiden lerne, denn wir haben sehr viele Beispiele, daß das Volk hier auf seiner Scholle keinen Begriff davon hat, welcher Unterschied zwischen einem Deutschen und Polen besteht, was Religion und was Nationalität ist. Ein neuer trauriger Beweis hierfür ist, daß eine Witwe ihre Habe mit mehreren Morgen Land an einen Fremden verkauft. Sie weiß nicht, daß sie eine Todssünde gegen das Vaterland begeht, gegen diese Ernährerin, die sie und ihre Kinder ernährt hat. Sie weiß nicht, daß uns die Fremden das letzte Stück Land entreißen wollen, damit sie dann die Herren wären, du Polin und du Pole aber zum Bettelstab greifen kannst; geh' und verdiene dein Stück Brot irgendwo unter Fremden, im Rauch, Schmutz und im Elend. Überlege es dir, Polin und ziehe den Verkauf zurück, verkaufe dein Hab' und Gut deinem Landsmann oder gib es den Kindern und sie und deine Urväter werden dich segnen.

Wir haben auch noch viele solche, die da, obgleich sie klug zu sein glauben, sagen, daß ihnen alles eins sei, ihr Landsmann oder Feind, wenn er nur gut zahlt. Sie handeln also so, wie Judas, der Jesum verraten hat.

Rehren wir auf diesem Wege um und arbeiten wir für unsere Ernährerin Erde, damit sie uns in der letzten Stunde leicht wäre, damit unsere Großväter mit Stolz auf uns, als ihre rechten Söhne und nicht wie auf Verräter ihrer Mutter blicken könnten.

Ein Parochiane.

Aus Nr. 219 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 27. September 1911:

Herr Rapierski, Wirt aus Neu-Borowka,

sprach heute bei uns in unserer Redaktion vor und bestritt entschieden, daß er jemals mit Herrn v. Delhaes, dem Gutsherrn von Borowka, wegen Verkaufs seiner Wirtschaft unterhandelt habe. Wahr sei, daß Herr Rapierski die Absicht habe, eine größere Wirtschaft zu kaufen und gegebenenfalls die jetzige Wirtschaft — aber nur an einen Landsmann — zu verkaufen oder unter seine polnischen Nachbarn zu parzellieren.

Unser Korrespondent war offenbar schlecht unterrichtet, da wir nicht annehmen, daß er Herrn Rapierski aus persönlichen Gründen habe schaden wollen.

Alle Blätter, die die erste Nachricht gebracht haben, werden um Berichtigung gebeten.

Bei dieser Gelegenheit bemerken wir jedoch, daß es eigentlich keinen Zweck habe, über eine vollzogene Landverschacherung zu schreiben. Bei uns gibt es fast gar keine öffentliche Meinung. Die Landverschacherer nehmen Ehrenstellen in der Kirche, in Vereinen, in Instituten usw. ein. Man kann nur manchmal eine Landverschacherung verhindern, wenn beizeiten — vor dem Verkauf — darüber geschrieben wird. Daß hierbei bisweilen unschuldigen Leuten ein Unrecht geschieht, ist unvermeidlich. Aber diese einzelnen müssen die edlen Beweg-

gründe der Korrespondenten oder Redakteure, denen es um die Erhaltung des vaterländischen Bodens zu tun ist, berücksichtigen.

Aus Nr. 219 des Orędownik (Posen)
vom 26. September 1911:

Das erste Auftreten des Sokolvereins.

Pinne.

Man schreibt uns:

Am gestrigen Sonntag fand hier das erste öffentliche Auftreten des in diesem Jahre gegründeten Sokolvereins statt. Anerkennend muß von vorn herein hervorgehoben werden, daß der Wirt, Herr Kwajny, dem Sokolverein uneigennützig eine umfangreiche Wiese hergegeben hat, die sich sehr gut zum Turnplatz eignet. Das Auftreten bestand in Freiübungen der Turnschüler, von denen 21 auftraten, ferner in Frei- und Gerätübungen der Kameraden vom Pinner, Neustädter und Zirker Verein, Übungen der Pinner und Neustädter Sokolinnen, Stabübungen der Pinner Turner, Seilziehen, Stafettenlauf der Kameraden, sowie Hürdenlaufen der Turnschüler. Das Programm war mithin sehr mannigfaltig, aber leider zu reichhaltig. Jedenfalls hat der neue Pinner Verein, dessen Turnwart der Kamerad Jachman ist, dargetan, daß er die Sokolaufgabe ernst auffaßt, und sie gehörig erfüllt.

Um 8 Uhr abends fand im geschlossenen Kreise von Mitgliedern und eingeladenen Gästen eine Rosciuszkoabendunterhaltung statt. Das Programm setzte sich aus Deklamationen, Gefängen und einem Vortrag des Kameraden Powidzki aus Posen zusammen, der in einem bündigen Umriss ein Lebensbild unseres Nationalhelden bot unter besonderer Berücksichtigung seiner Bürgertugenden. Von den Deklamationen gefiel besonders die des Vereinsvorsitzenden Boguslawski. Sie wurde durch drei lebende Bilder illustriert. Nach der Abendunterhaltung fand ein munteres Vergnügen statt, bei welchem man sich fröhlich bis spät in die Nacht hinein vergnügte.

Aus Nr. 219 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 23. September 1911:

Gonjawa.

In Schelejewo, Kreis Znin, einem Dorfe dicht bei Gonjawa, soll infolge der Bemühungen der Herren Heliodor Lesniewski aus Gonjawa und Jaremba aus Rogowo eine „Bank przemyślowo-rolniczy“ und ein „Kolonit“ entstehen.

Gebe Gott, daß sich dies verwirklicht, denn das Dorf ist rein polnisch und zählt fast 1000 Einwohner.
Ein Leser.

Aus Nr. 221 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 24. September 1911:

Pakosch, den 22. September 1911.

Ein neues Unternehmen.

Heut hat sich hier ein Verein „Mlyn“ (Mühle) G. m. b. H., gebildet. Es sind sofort 28 Genossen mit einem Betrage von 23500 M. beigetreten. Der Anteil beträgt 500 M.

Dem Vorstand gehören die Herren Roznowicz und Wojewodzki an. Den Aufsichtsrat bilden die Herren Abgeordneter Propst Kurzawski, Graf Domski, L. Stroiński, St. Tretin und Fr. Borkowski. Die Mühle wird wahrscheinlich am 1. April 1912 auf der

neuen Besingung des Herrn Tretin mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Heil der neuen Genossenschaft.

Aus Nr. 18 des Kupiec (Posen)
vom September 1911:

**Zur Begrüßung der Teilnehmer am
Genossenschaftstage der Erwerbs- und Wirt-
schafts-Genossenschaften in Posen
am 26., 27. und 28. September 1911.**

Es gab Zeiten, wo die benachbarten Völker das gewaltige, reiche und wirtschaftliche Polenreich den Speicher Europas nannten.

Das polnische fruchtbare Land lieferte für die Weltmärkte bis zu 10 Millionen Scheffel Getreide, auf den blühenden Wiesen weideten Herden von Ochsen, von welchen alljährlich tausende außer Landes verkauft wurden, ganze Herden von flinken und ausdauernden Pferden wurden von Ausländern aufgekauft, die klaren Gewässer lieferten Fische in Mengen, die dichten Wälder beherbergten unzähliges Wild, aus den Bienengärten erntete der Bienenzüchter berühmten polnischen Honig, der Kaufmann und Handwerker lieferten über die Grenze Tuch, Leinwand, Salz, Farben, Wachs, Blei und Kupfer — mit einem Worte — es blühte auch die Ackerwirtschaft, der Handel und die Industrie entwickelte sich und Wohlstand war in den sauberen Dörfern und Städten zu finden.

Aus dem fernen Schwaben suchte bei uns der Einwohner Schutz, welcher in seinem eigenen Vaterlande vor den deutschen Raubrittern weder des Besitzums noch seines Lebens sicher war.

Es fanden bei uns Gastfreundschaft und Schutz, die in allen Ländern bedrückten und verachteten Juden, es suchten und fanden bei uns Unterkunft und Sicherheit Flüchtlinge verschiedener Religion und Nationalität, alle die hier Genährten und Großgezogenen haben ihrer Wohltäterin, der Erde Polens, Undankbarkeit entgegengebracht.

Die Nachbarn schauten mit gierigen Augen auf das von Milch und Honig fließende Land. Der treulose Kreuzritter, der habgierige Schwede, der wilde Tartare und die aufgeheßten Straßenräuber fielen über das ruhige und gastfreundliche Land her, überfluteten und vernichteten es mit Feuer und Schwert, die bevölkerten Dörfer und Schlösser verwandelten sie in Trümmer und es flossen Ströme Bluts und die Rote der Feuersbrunst hörte nicht auf in dem unglücklichen Lande zu leuchten.

Die Schwäche des Volkes ausnuzend, stürzten der Preuße, Russe und der Österreicher über das Polenreich her und führte den Rest der Vernichtung herbei, sie teilten das Land in drei Teile und dem Volke, welches Gott als polnisches schuf, befahlen sie, sich Preuße, Russe und Österreicher zu nennen, damit der Namen des Polenreichs und der Polen auf immer verschwinden solle.

Später sahen wir öfters im polnischen Lande hellauflauchende Strahlen, edle Begeisterungen, übermenschliche Kräfte — aber die mit blutiger Waffe niedergedrückten Fremden vergrößerten den großen Kirchhof und trieben das ganze Volk in eine viel schwerere und trübere Verzweiflung hinein. — Vae victis!

Und es schien, als ob das Lebenslicht des Volkes im Verlöschen wäre und daß wir uns als Sklaven vor die Füße der Sieger niederwerfen müssen, um uns niemals mehr zu erheben.

Doch — wie jene Jünger Christi, als sie der Sturm auf offenem Meere überraschte und die tobenden

Wellen mit dem Untergang des Schiffes in der bodenlosen Tiefe drohten, zu ihrem Meister, seiner Allmächtigkeit vertrauend, riefen: „Herr, hilf uns, denn wir verderben!“ — so hat auch unser Volk voller Glauben an die Gerechtigkeit Gottes, heiße Gebete zum Himmel emporgesandt — und wie Christus in jener Zeit mit seinem allmächtigen Worte die drohenden Meeres-elemente stillte, so hat auch uns die Vorsehung jetzt vor der Vernichtung geschützt, dem Volke, welches zu leben wünscht die Kräfte vermehrt, uns auserwählte Männer von voller heißer Vaterlandsliebe und Männer großen Geistes und von erhabener Initiative gesandt.

Geistlicher Stanislaus Staszyc, Karl Marcinkowski, Maximilian Jactowski und Geistlicher Peter Wawrzyniak, deren Bildnisse wir an der Spitze der heutigen Nummer bringen, waren solche auserwählte Männer, groß sind ihre Verdienste, welche sie der nationalen Sache im allgemeinen und besonders dem polnischen Handel, der Landwirtschaft und der Industrie, geleistet haben. Sie sind dahin gegangen, aber der gesunde Samen, welchen sie auf die heimatischen Gefilde ausgestreut haben, gibt hundertfache Früchte — und heute haben wir die Gelegenheit, die Schnitter zu begrüßen, welche die reichen Erträge der Aussaat des verstorbenen Geistlichen Wawrzyniak ernten.

Unter der Ägide des Geistlichen Domherrn Adamski, würdigen Vertreters des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak, sitzen am Aufsichtsratsische Männer, welche sich eines großen Vertrauens der Gesamtheit erfreuen, denn in ihren Händen ist der Erwerb und das Nationalvermögen, das Geld des armen Arbeiters, wie auch das Gold des Reichen, niedergelegt, und sie sind heute zusammengekommen, um von ihrer Verwaltung öffentlich Rechnung zu erstatten.

Wir wissen, daß sie keinen Heller vergeudet, sondern nur durch emsige und ausdauernde Arbeit den Vorrat bedeutend vermehrt und das Vertrauen, mit welchem das ganze Volk die polnischen erwerbstätigen Genossenschaften beschenkt, verstärkt haben.

Es ist daher kein Wunder, daß wir zur Begrüßung der so achtbaren und lieben Gäste ein feierliches Gewand angelegt haben, daß wir in zahlreichen Artikeln die Tragweite ihrer Arbeit für die Gesamtheit, für den Handel, für die Industrie und die Landwirtschaft, hervorheben, daß wir schließlich gemeinschaftlich mit dem großen Kreise der ausgezeichneten Mitarbeiter, Ökonomen und Literaten, deren wertvolle Arbeit wir heute öffentlich bekannt geben, den Genossenschaftstag mit dem herzlichsten Wunsche begrüßen: Möge Gottes Segen eure Beratungen begleiten, damit sie zum Nutzen der Genossenschaften gereichen und reichliche Früchte bringen möchten.

Alle Teilnehmer des Genossenschaftstages, diese guten, treuen und gewissenhaften Verwalter, heißen wir von dieser Stelle aus herzlich

„Willkommen!“

Aus Nr. 39 des Przemyslawiec (Posen)
vom 24. September 1911:

In Sachen des Abgeordneten aus Handwerkerkreisen.

Mit dieser Angelegenheit befaßte sich der Przemyslawiec bereits in drei Artikeln, sie wird auch seit vielen Jahren in unseren Versammlungen besprochen. Und es ist richtig, daß das geschieht; meiner Ansicht nach muß sie allseitig besprochen werden.

Dabei müssen verschiedene Sachen in Betracht gezogen werden. Es ist möglich, daß nicht alle eines

Sinnes sind, deshalb aber kann man diejenigen noch nicht verurteilen, die gegenteiliger Ansicht sind.

Auch ich bin rücksichtslos dafür, daß der Handwerkerstand seinen Vertreter unter unseren Abgeordneten hätte.

Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, ob wir Leute haben, die es verstehen werden, unseren Stand würdig und mit Verständnis zu repräsentieren.

Vor allen Dingen muß das ein Mensch sein, der mit unserem ganzen Handwerkerstande genau vertraut ist, er muß also aus der Praxis den Lehrlings- und Gesellenstand kennen, ebenso auch die mißliche Lage des selbständigen Handwerkers.

Er muß auch unsere Einrichtungen und die gesetzlichen Bestimmungen kennen, damit er imstande wäre, sich gegebenenfalls zu orientieren. Das wichtigste dabei aber ist, daß er sein Leben lang mit uns und unter uns Handwerkern lebe.

Er braucht weder ein tüchtiger Redner noch ein außergewöhnlicher Gelehrter zu sein, aber sein Leben und Wirken sollten ohne Vorwurf dastehen.

Die politische Frage muß entschieden ausgeschlossen werden, denn uns ist es nicht um einen Abgeordneten-Politiker zu tun. Wir sollten einen Menschen wählen, der nur die Handwerkerfrage im Auge hätte, und zwar rücksichtslos, gleichviel, ob es sich um die Arbeitgeber oder um die Arbeitnehmer handelt.

Ist denn das letzte möglich? — So wird manch einer fragen.

Gewiß, es ist möglich, aber nur bei solchen Leuten, welche das Mißgeschick des Lehrlings, den Stand des Gesellen und die Selbständigkeit des Meisters aus der Praxis kennen. Und nun fragt es sich: haben wir solche Leute?

Wir können dreist und offen sagen, daß wir sie haben, wenn es ihrer auch nicht viele gibt.

Ob wir aber unsere Tüchtigsten nach Berlin senden können und sollten —, das ist eine andere Frage.

Nach meiner Meinung gibt es gerade bei uns im Lande im Handwerkerstande wenige Leute zur Arbeit.

Diejenigen, die sich dieser Arbeit widmeten, wirken über ihre Kräfte, ja, manchmal sogar unter Hintansetzung ihrer Gesundheit und ihres Besitzes. Es sind das alles Leute, die für den Unterhalt ihrer Familien arbeiten müssen. Wenn man sie von ihrer Berufsarbeit abhält, dann könnte sie das zum Ruin führen.

Es könnte vielleicht jemand sagen, daß das, was zu Hause verloren geht, durch die Diäten wieder wett gemacht wird. Das ist eine irrige Ansicht. Das Auge des Herrn nährt das Pferd — sagt ein Sprichwort.

Wer heute standesgemäß leben will, muß selbst überall Hand anlegen. Als Abgeordneter kann das nicht geschehen, denn die Abgeordnetenarbeit besteht nicht allein in dem Reisen nach Berlin und in der Teilnahme an den Sitzungen. Die Haupttätigkeit beginnt erst außerhalb des Parlamentsgebäudes.

Auch ein solcher befähigter Handwerker arbeitet zum Teil in unseren Vereinen und nimmt lebhaften Anteil an unseren sozialen Angelegenheiten. Auch hier müßte er seine Berufsarbeit aufgeben, was ein vernünftiger Mensch, soweit er nicht von Zinsen leben kann, nicht tun wird.

Hier handelt es sich um die Frage, ob wir unsere fähigsten Kräfte von ihrer Arbeit zurückhalten dürfen und ob wir sie nach Berlin senden sollen?

Nach meiner Meinung darf das nicht geschehen. Die Fähigsten unter uns sollten wir zurückbehalten, denn die Arbeit unter uns ist bei weitem wichtiger, als das Reisen nach Berlin. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Anwesenheit eines Handwerkers in der polnischen Fraktion in Berlin, insbesondere im Reichstage, notwendig ist; wir können uns aber nur

dann dafür entscheiden, wenn wir Leute finden, die für unsere Arbeit im Lande ohne Nachteil für unseren industriellen Aufschwung und ohne Nachteil für sich selbst uns im deutschen Reichstage würdig vertreten könnten.

Deshalb müssen wir an diese Sache mit Überlegung herantreten, ohne persönliche und politische Voreingenommenheit, dann werden wir auch zweifellos zu günstigen Resultaten gelangen.

Es gibt auch Leute guten Willens, die nicht Handwerker sind und die gewillt sind, nach dieser Richtung hin tätig zu sein, das reicht aber nicht aus.

Wie kein Zentrumsmann fähig ist, und wäre er auch unser bester Freund, die uns bereiteten Unbilden zu empfinden und vorzutragen, so ist auch der größte Handwerkerfreund nicht imstande, die Bedürfnisse des Handwerks zu empfinden.

Wie im ersten Falle das nur ein Pole empfindet, der das Vaterland innig liebt, so kann im zweiten Falle auch nur ein Handwerker empfinden, der das Handwerk aus der Praxis kennt, aus ihm hervorgegangen und ständig in diesen Sachen tätig ist.

Ob ein Handwerker-Abgeordneter erfolgreich arbeiten würde, darauf finden wir die Antwort in dem letzten Artikel des Przemyslawiec. Die Handwerkerfrage ist keine politische Frage von allgemeiner Bedeutung, die alle Handwerker ohne Unterschied der Nationalität und des Bekenntnisses angeht.

Die Sache des Handwerks könnte, obwohl sich mit ihr die Regierungen der einzelnen Staaten befaßt haben, nicht so traktiert werden, wie es sein sollte, denn es gibt nur wenige Leute, die sie gut kennen. Wenn die soziale Sache der Arbeitnehmer im Handwerke weitgehende Einrichtungen hat, so stehen ihr aber doch die Angelegenheiten des selbständigen Handwerkers verhältnismäßig weit nach. Es gibt da so viel brennende Fragen, doch diese kennt niemand, ausgenommen der Handwerker selbst. Auch die Lehrlingsfrage zeigt viele Lücken.

Das alles spricht dafür, daß da, wo über Handwerksangelegenheiten beraten wird, es fast gar keine Handwerker gibt.

Ich möchte aber die Aufmerksamkeit auf eins lenken: Die Entsendung eines Handwerkers als Abgeordneten aus Rücksichten auf den Stand wäre für das Handwerk selbst eine geradezu schädliche Sache. Das Handwerk wäre, wenn es einen Abgeordneten aus seinem Stande entsenden würde, um sein Los beruhigt, und es würde vielleicht weniger an sich arbeiten. Deshalb wäre ein Abgeordneter, der nicht Handwerker ist, eher zu empfehlen. Wenn wir daher den wichtigen Schritt unternehmen wollen, so müssen wir uns die Sache wohl überlegen und sie recht erwägen, wir werden dann auch sicherlich zu einem Resultate kommen.

Aus Nr. 38 des Robotnik (Posen)

vom 24. September 1911:

Lefno.

Die Generalversammlung unseres Vereins fand am Sonntag, den 17. September statt. In den Vorstand des Vereins wurden neu gewählt:

Stanisl. Jzawinski, Vorsitzender,

Leo Wittkowski, Schriftführer,

beide aus Lefno. Die übrigen Vorstandsmitglieder behalten ihre Ämter.

Aus Nr. 18 der Sika (Posen)
vom 25. September 1911:

Achtung, Kameraden!

Wir teilen ergebenst mit, daß sich vom 1. Oktober d. J. ab der Sitz des Zentralvorstandes in Oberschlesien befinden wird. Die Kameraden werden gebeten, sämtliche den Zentralvorstand betreffenden Briefe vom 1. Oktober ab wie folgt zu adressieren:
Polnische Berufsvereinigung, Zentralvorstand.
Kattowitz,
Beatenstraße 23 I.

Aus Nr. 18 der Sika (Posen)
vom 25. September 1911:

Wongrowitz, 5. September 1911.

Am Sonntag, den 27. August d. J., fand hier selbst im Schützenhause eine Versammlung von Arbeitern im geschlossenen Kreise zwecks Gründung einer Filiale für Arbeiter statt, die vor 1½ Jahren aus verschiedenen Gründen aufgelöst worden war.

Die Versammlung wurde um 2 Uhr nachmittags von dem Kameraden Drobka eröffnet; dieser erteilte dem aus Posen erschienenen Kameraden Krystek das Wort, der über die Notwendigkeit des Organisierens, insbesondere in unserer polnischen Organisation, referierte. Redner stellte gleichzeitig die umstürzlerische und für uns schädliche Arbeit der roten und christlichen Verbände dar; er warnte die Anwesenden vor ihnen, weil die fremden Verbände den polnischen Arbeiter für ihre parteipolitischen Zwecke nur ausnützten und an die Besserung seiner Lage gar nicht dächten. Für uns Polen sei nur Platz in der Polnischen Berufsvereinigung, die heute schon so mächtig sei, daß andere Organisationen notgedrungen mit ihr rechnen müßten. Er schloß mit einem Appell an die Anwesenden, alle wie ein Mann der Vereinigung beizutreten und eifrig Mitglieder und Agitatoren zu werden.

An der Diskussion beteiligten sich Wieland Tybowski, Kaniowski, Kotecki, der Delegierte und andere. Die Verhandlungen wurden alsdann zum Zwecke der Aufnahme von Mitgliedern auf 15 Minuten ausgesetzt; es traten der Filiale 40 Personen bei.

Nach Erledigung dieses Teils der Versammlung wählte man den Vorstand der neuen Filiale. Dieser besteht aus folgenden Personen:

Joseph Drobka, aus Lengowo, Vorsitzender;

Franz Kaniowski, Schriftführer;

Leonhard Tybowski, Kassierer

beide aus Wongrowitz.

Der Vorstand wurde einstimmig gewählt. Gebe Gott, daß dies ein Zeichen für die beste Harmonie und Entwicklung der Filiale wäre.

Die Versammlungen werden an jedem 2. und 4. Sonntage eines jeden Monats, 2 Uhr nachmittags, im Schützenhause stattfinden.

Mit einem Hoch auf die neue Filiale wurde die Versammlung geschlossen.

Brüder Arbeiter aus Wongrowitz und Umgegend, zeigt den Handwerkern, die entweder gar nicht organisiert sind, oder die mit ihrem Gelde die Fremden füttern, wie zum Beispiel der größere Teil der Maurer und Zimmerer, daß ihr mehr Empfinden für die eigene Würde besitzt. Im Namen Gottes also ans Werk!

J. Drobka.

Aus Nr. 18 der Sika (Posen)
vom 25. September 1911:

Lopienno.

Am 10. September fand bei uns eine Versammlung statt, in welcher Kamerad Rosinski aus Wongrowitz referierte. Nach dem Vortrage wurde eine Filiale der Maurer gegründet. In den Vorstand wählte man folgende Mitglieder:

Franz Tomaszewski, Vorsitzender;

Viktor Sobocinski, Kassierer;

Franz Smaruj, Schriftführer.

Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Berufsvereinigung wurde die Versammlung geschlossen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 217 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 21. September 1911:

Zu der Ernennung des Oberpräsidenten Schwarzkopff

schreibt die Gazeta Torunska unter anderem:

Soweit die Stimmen der deutschen Presse über den neuen Landvogt des preußischen Königs. Wir haben sie deshalb wiedergegeben, um auf den Unterschied zwischen den deutschen und polnischen Anschauungen hinzuweisen. Die Deutschen verstehen den neuen Kurs so, daß anstatt mit dem Stock, die Polen jetzt mit Ruten gezüchtigt werden sollen. Das ist in der Auffassung der Deutschen, welche die Polen als ihre Sklaven ansehen, schon eine große Konzession.

Die Polen dagegen, oder mindestens das polnische Volk, fühlen sich keineswegs als Sklaven, sondern als mit den Deutschen völlig gleichberechtigte Staatsbürger. Als solche verstehen sie weder einen strengen, noch einen milden Kurs, sondern sie fordern nur das, was ihnen gesetzlich zusteht, d. h. völlige Gleichberechtigung in sprachlicher und religiöser Beziehung. Daß eine solche Gleichberechtigung ihnen weder die schneidigen Waldows und Schwerins, noch die süßen Schwarzkopffs geben werden, noch überhaupt ein Statthalter der preußischen Regierung, — diese Wahrheit lernen die Polen seit hundert Jahren aus der mit Blut und Schweiß geschriebenen Geschichte, und nur sehr stumpfsinnige Köpfe haben diese Wahrheit bisher nicht begriffen.

Aus Nr. 113 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 21. September 1911:

Zu der Ernennung des Oberpräsidenten Schwarzkopff

schreibt die Gazeta Grudziadzka unter anderem:

„Manche deutschen Blätter erblicken in der Ernennung Schwarzkopffs den Beginn einer milderen Politik gegen die Polen, indem sie den neuen Oberpräsidenten einer zu großen Nachsichtigkeit gegenüber den Zentrumsparteilern verdächtigen. Wir gedenken es noch gut, daß Herr Schwarzkopff die Seele der unglücklichen Schulpolitik war und geben uns hinsichtlich seiner Person keineswegs falschen Hoffnungen hin.“

Aus Nr. 114 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 23. September 1911:

Der neue Oberpräsident in Posen

Ganz unerwartet ist die Nachricht eingetroffen, daß nach dem hartnäckigen Polenfeinde v. Waldow der bisherige Unterstaatssekretär, Geheimer Rat im Kultusministerium Dr. Schwarzkopff zum Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen ernannt worden ist. In hafatistischen Kreisen hat diese Ernennung einen Eindruck hervorgerufen, als wenn jemand in ein Wespennest gestoßen hätte, denn Dr. Schwarzkopff gilt als ein Anhänger des Zentrums und der konservativen Partei, er ist also nicht Anhänger der hafatistischen Bestrebungen. Die erzhafatistischen Danziger Neueste Nachrichten können ihre Entrüstung über einen derartigen Schritt der Regierung nicht unterdrücken und sie phantazieren etwas von einer neuen Versöhnungsära. Anders betrachtet die polnische Presse diese Angelegenheit. Sie gibt sich keineswegs der Illusion hin, daß sich im antipolnischen Kurs etwas ändern könnte.

Die Ernennung Dr. Schwarzkopffs ist höchstens ein Beweis dafür, daß man in den Regierungskreisen die Zwecklosigkeit der hafatistischen Politik, wie sie bisher gegenüber den Polen geübt worden ist, anerkannt hat, aber die Neigung uns zu entnationalisieren hat man nicht aufgegeben.

Nachdem unsere Volksgemeinschaft im preußischen Teilgebiet durch die Gnade der preußischen Regierung soviel durchgemacht hat, wird sich wohl niemand mehr der Illusion hingeben, daß „bessere Zeiten“ eintreten werden. Unser Volk hat das am besten mit den Worten ausgedrückt: „Solange die Welt steht, wird der Deutsche nicht des Polen Bruder sein“.

Aus Nr. 114 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 23. September 1911:

Wechsel im Oberpräsidium.

Über einen baldigen Rücktritt des Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen, v. Waldow, liefen schon seit einigen Monaten Gerüchte um. Sie sind gleichzeitig mit der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber den aufdringlichen Forderungen der Hafatisten entstanden, die Polen so schnell wie möglich von ihrem väterlichen Grund und Boden zu enteignen. Und wir waren Zeugen einer besonderen Erscheinung: Die Zentralregierung in Berlin mußte mit der Nebenregierung, mit der Hafatistenliga, förmlich um ihre Rechte kämpfen; die Berliner Regierung mußte sich der polenfreßerischen Meute erwehren, die so heulte, wie eine Schar hungriger Wölfe zur Winterszeit. Die Polenfreßer verlangten die Anwendung von Generalmitteln in der antipolnischen Politik, sie forderten die Enteignung um weitere Ausnahmegesetze, um das polnische Element zu vernichten. Die Berliner Regierung hat aber den Hunger der Polenfreßer nicht stillen können, denn sie begriff, daß ein derartiger Kampf mit den Polen am meisten den Deutschen schaden könnte. Die Regierung — diese offizielle Regierung — hat gesehen, daß die Polenfreßer sie immer mehr zum radikalen Umsturz nicht nur auf dem Gebiete der antipolnischen Politik, sondern auch auf dem Gebiete der ganzen preußischen politischen Verfassung drängen. Die Berliner Regierung hat gesehen, daß die Bestrebungen der Polenfreßer den Stand der deutschen Bauern in den polnischen Landesteilen kräftigen, der Bauern, die schon anfangen, sich gegen die Einflüsse und die Bedeutung des deutschen Adels offen aufzulehnen, auf den sich die Regierung stützt und aus

dem sich die Regierungs- und Militärbehörden im preußischen Staate hauptsächlich rekrutieren.

Es knirschten also die Räder zweier gegenjählichen Maschinen, es rieben sich zwei gegenseitige Methoden oder Art und Weisen des Vorgehens: die Regierung und die Hafatisten. Und unter den Hafatisten war die Achse, um die sich alles drehte, Herr v. Waldow, der sich in der Stellung eines Führers im Kampfe um die Herrschaft der Deutschen im Pflaumenlande fühlte. Ein halbstarrer Kreuzritter, der dem Großmeister die Stirn bot. Und sie haben ihn abgesägt, damit der Staat in sich einig bleibt, wie in dem Kampfe mit dem Polentum zu verfahren ist. Die Berliner Regierung hat ihren Komtur bemeistert und an seiner Stelle einen neuen Mann geschickt, der den Willen der Zentralbehörde erfüllen wird.

Das System der Ausrottung des Polentums wird auch weiterhin daselbe bleiben, es wird sich nur die Methode, die Art des Vorgehens, ändern. Wir hoffen jedoch, daß die Gerechtigkeit siegen wird. Wie sich die Regierung schließlich überzeugt hat, daß sie den Polenfreßern nicht weiter folgen kann, obwohl sie sie selbst mit Zärtlichkeit groß gezogen hat, denn sie haben sie auf einen Irrweg geführt, sie haben den ganzen Staat auf den Kopf gestellt, so wird sie sich schließlich überzeugen, daß der polnische Granit zu hart ist, als daß ihn der Zahn der Feinde zerbröckeln könnte. Zu diesem Glauben an die Widerstandskraft des polnischen Elements berechtigt uns die unter dem polnischen Volke erwachende Aufklärung, seine religiöse Überzeugungstreue und unverbrüchliche Anhänglichkeit zur katholischen Kirche sowie die unerschütterliche Verteidigung der nationalen Rechte als aufrichtige Polen, die dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, die aber für alle Zeiten Polen bleiben wollen.

Aus Nr. 114 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 23. September 1911:

Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben.

Heute wird viel von einer angeblichen Änderung in der antipolnischen preußischen Politik gesprochen und geschrieben. Der Hafatismus schreit, daß v. Bethmann-Hollweg und v. Schorlemer große Freunde der Polen seien und manchem von uns scheint es, daß unter dem Preußen schließlich die Zeit des gerechten Regimes uns gegenüber gekommen sei. Und jetzt, wo an Stelle des nach Stettin versetzten Anhängers des Hafatismus v. Waldow der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Schwarzkopff zum Oberpräsidenten der Provinz Posen ernannt worden ist, der ein Zentrumsfreund sein soll, schlägt der Hafatismus wiederum Alarm und schreit aus vollem Halse, daß das Deutschtum in Gefahr sei, daß die ganze antipolnische Politik wie altes Eisen zum Gerümpel geworfen und wie zu Zeiten Caprioli's wiederum eine Versöhnungsära eingetreten sei.

Uns Polen ist von irgend einer Änderung der bisherigen hafatistischen Politik nichts bekannt, da wir, wie bisher, auch weiterhin auf allen Gebieten schreckliche Verfolgungen erleiden. Ja, mitunter müssen wir heute sogar weit schlimmeres Unrecht erleiden als vor Jahren oder noch vor kurzer Zeit. Gleichwohl meinen manche, daß die Regierung schließlich zu Verstand gekommen sei und mit der uns bedrückenden Politik aufhören werde. Trotzdem dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Solange die Regierung die antipolnischen Gesetze nicht aufhebt, solange sie in den Schulen nicht die polnische Unterrichtsprache einführt, solange sie schließlich uns nicht in allen Sachen immer und überall Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, solange können

wir nicht glauben, daß die Regierungspolitik milder geworden ist. Darum fort mit den Illusionen!

Das preußische antipolnische System strebt ständig unsere Vernichtung als Polen und Katholiken an, und zwar nicht seit zehn oder 100 Jahren, sondern seit einigen Hundert Jahren. Der preußische König Friedrich II., genannt der alte Fritz, hat ausdrücklich gesagt, daß Preußen die Polen vernichten müsse, und daß es erst, wenn der letzte Pole vertrieben sein wird, wird ruhig schlafen können. Dieses System haben weder die früheren noch die heutigen preußischen oder deutschen Minister geändert. Es waren Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Bülow; die einen wurden getadelt, die anderen gelobt, der eine war ein scharfer und hartnäckiger Feind der Polen, der andere war ihnen gegenüber wieder etwas milder, aber das antipolnische System ist immer daselbe geblieben. Niemandem von ihnen ist auch nur im Traume eingefallen, offen und klar zu bekennen, daß man die Polen nicht bedrücken und verfolgen dürfe.

Und heute ist auch v. Bethmann-Hollweg ein Anhänger der preußischen antipolnischen Politik. Als vor einigen Monaten die in Posen versammelten Hakatisten ein Begrüßungstelegramm an ihn gerichtet hatten, hat er unverzüglich telegraphisch geantwortet, daß in der antipolnischen Politik keine Änderung eingetreten sei und eintreten werde. Niemand anders als v. Bethmann-Hollweg ist der Vater des uns gegenüber so ungerechten Vereinsgesetzes und des berühmten Maulkorbparagraphen. Und wenn heute die Hakatisten schreien, daß die Regierung die hakatistische Politik verworfen habe, ja der Regierung sogar vorwerfen, daß sie selbst polonisiere, so braucht das niemand ernst zu nehmen, da sie die Deutschen gegen die Regierung aufheizen und letztere zur Enteignung der Polen und zur Vorlage neuer Ausnahmengesetze gegen uns gewissermaßen zwingen wollen, was die Regierung selbstverständlich nicht mit Rücksicht auf uns, sondern mit Rücksicht auf ihre eigenen Angelegenheiten, vorläufig nicht machen will. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, denn obwohl der Hakatismus von der Regierung etwas auf die Nase bekommt, so wird sich das antipolnische System doch nicht ändern. Mit Illusionen würden wir nur unsere geistige Kraft und unsere Widerstandskraft dem Feinde gegenüber schwächen. Lasset uns daher unsere teuersten religiösen und nationalen Schätze tapfer und beharrlich weiter verteidigen und dem Kampfe unter den Deutschen selbst mit Ruhe und Rührtheit zusehen. Auf alle Fälle sind wir und werden wir immer eine polnische und katholische Nation bleiben.

Aus Nr. 76 des Mazur (Ortelsburg)
vom 21. September 1911:

Ein Brief des Herrn Lewandowski.

Meine geehrten Wähler! Ihr habt beschlossen, bei der nächsten Reichstagswahl für mich zu stimmen. Ich danke Euch aufrichtig für dieses Vertrauen. Und bei dieser Gelegenheit will ich Euch sagen, daß ich immer dreist und beharrlich an dem festhalten werde, was unsere „masurische Volkspartei“ kündigt, nämlich „gleiches Recht für alle.“ Mit allen Kräften will ich für Eure Verteidigung und für Euer Wohl arbeiten!

Unter der Herrschaft der Konservativen haben heute weder der Wirt, der Handwerker, der Arbeiter noch der kleine Beamte die gleichen Rechte wie die anderen Bürger.

Nicht nur, daß sich die Konservativen und die Liberalen dybzaki (?) für Eure schwere Arbeit vollstopfen, sondern es ist schon soweit gekommen, daß sie

Euch das Recht des Eigentums und der Freiheit nehmen, d. h. daß ein armer Mensch, wie z. B. Herr Adam Przygoda aus Fürstenwalde nicht Wirt auf seiner Wirtschaft ist, daß sie ihn aus dem eigenen Hause hinauswerfen, denn es besteht ein derartiges Gesetz! Und wer hat ein solches Gesetz gemacht? Das haben die Konservativen und Liberalen, das haben diejenigen Abgeordneten gemacht, die das masurische Volk bisher gewählt hat! Öffnet die Augen, liebe Brüder! Sehet, daß Eure Vertreter nicht auf Euer Wohl bedacht sind, sondern im Gegenteil zu Eurem Schaden beitragen!

Solcher volksfeindlicher Gesetze haben sie eine große Anzahl gemacht, und sie ziehen Nutzen davon. Wer offene Augen hat, der sehe, und wer unaufgeklärt ist, der wird es vielleicht fühlen, wenn er Steuern zahlt.

So kann es nicht weiter gehen, sonst gehen wir zu Grunde. Die Konservativen verkaufen ganze Vorwerke und Güter von Tausenden von Morgen an jedermann, der von ihnen kaufen will und ihnen gut bezahlt, und sie haben sogar das Recht, ihren Boden in Karten zu verspielen. Einem armen Bauer aber, der im Schweiß seines Angesichts in Westfalen unter der Erde in der Finsternis wie ein Maulwurf sich einige Morgen Land verdient hat, ist es nicht erlaubt, ein Wohnhaus darauf zu erbauen, noch seinen Grund und Boden dem zu verkaufen, der am meisten gibt, sondern der Bauer muß seinen eigenen Grund und Boden an den verkaufen, der ihm von anderen bezeichnet wird!

Ist das gerecht? Darf so etwas sein? Und es geht so zu! Wer es nicht glauben will, der möge nach Fürstenberg zum Herrn Adam Przygoda gehen!

Solche Vertreter, welche die Dreistigkeit hatten, derartige Gesetze für das arme Volk zu machen, werden noch schlimmeres machen, wenn wir ihnen das durchgehen lassen und sie wiederum wählen werden. Wenn ihr derartige Abgeordnete wählt, dann wundert euch nicht, daß ihr, wie das vor Jahren war, in völlige Knechtschaft geraten werdet.

Die älteren Masuren gedenken es noch, daß alles das, was ich vorausgesagt habe, eingetroffen ist, daß ich immer die Wahrheit gesagt habe, und die anderen euch belogen haben. Die Steuern sind hoch, und sie werden noch höher werden; es werden Gesetze erlassen werden, wie es das arme masurische Volk nicht erwartet, wenn die Konservativen oder die Liberalen wiederum die Oberhand bekommen werden.

Verlasset also, liebe Masuren, eure bisherigen Beschützer, d. h. die Konservativen und Liberalen, denn sie bereiten euch das Verderben.

Wie ein Wolf nicht ein Freund des Schafes sein kann, so können auch die Konservativen und Liberalen eure Freunde nicht sein, denn sie leben von dem euch zugefügten Unrecht.

Ein Freund des Volkes ist nur die „masurische Volkspartei“, denn das ist unser Verband, den wir uns selbst zu unserer Verteidigung geschaffen haben.

Weder die Konservativen noch die Liberalen können euch helfen, da sie sich sonst selbst etwas nehmen müßten, und das werden sie nicht machen. Um aber eure Stimmen an sich zu reißen, versprechen sie bei der Wahl den Leichtgläubigen goldene Berge, anderen nehmen sie den freien Willen durch Schnaps, andere wiederum schrecken sie wie Kinder mit Polen und Katholiken! Tuen das anständige Leute, denen man vertrauen kann? Liebes Volk, öffne die Augen!

Bis jetzt ist es so gegangen, doch während der Jahre hindurch, wo euch Unrecht zugefügt worden ist, habt ihr wohl die Überzeugung gewonnen und erkannt, daß der Wahlschnaps euch sehr teuer zu stehen kommt, und daß die Konservativen und Liberalen lügen, denn bei der Wahl des Abgeordneten handelt es sich weder

um Glaubenssachen noch um Polen, sondern nur um das tägliche Brot, um gleiches Recht für alle, damit die Konservativen und Liberalen mit den Steuern euch nicht ganz die Haut vom Leibe reißen.

Rechtschaffenes masurisches Volk, öffne die Augen und lasse dich nicht länger schrecken und dir Unrecht zufügen, sei dreist, und der Herrgott wird dich segnen!

Auch ermahne ich euch, daß niemand unerwarteten Schwärmern Glauben schenket, denn die Konservativen werden wie früher auch jetzt vor der Wahl verschiedene Machinationen machen, um euch stutzig zu machen und im letzten Augenblick die Stimmen zu nehmen, nachher euch aber auszulachen.

Seid sicher, daß ich wie ein Soldat immer und überall auf meinem Posten stehen und euch nicht verlassen werde.

Ich grüße euch alle herzlich und wünsche, daß Gott euch alles Gute sendet.

J. Eugen Lewandowski,
Posen, Bismarckstraße 7.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 218 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 22. September 1911:

Herr Schwarzkopff, der neue Oberpräsident des Großherzogtums Posen.

Wen wird man auf den Posten des Oberpräsidenten im Großherzogtum Posen berufen? Mit dieser Frage befaßte man sich seit einigen Monaten nicht nur in den Zeitungen, sondern in allen politischen und besonders parlamentarischen Kreisen. Man wußte seit Monaten, daß der jetzige Oberpräsident von Posen zurücktreten wird. Und sein Rücktritt wurde damit erklärt, daß er die polnische Politik des Landwirtschaftsministers nicht billigte, es wurde aber gesagt, er habe sich besonders deshalb zum Rücktritt entschlossen, weil Schorlemer sich hauptsächlich der Anwendung des Enteignungsgesetzes widersetze, was Walbow hartnäckig forderte.

Das Staatsministerium hatte beschlossen, das Enteignungsgesetz vorläufig nicht anzuwenden, und die Vertretung dieses Standpunkts der Regierung wurde dem Landwirtschaftsminister Schorlemer anvertraut. Es ist bekannt, wie dieser seine Aufgabe gelöst hat. Er geriet mit dem Hakatifistenverein scharf zusammen, es kam zu einem heftigen Kampf im preußischen Landtag und in der Presse, gegen Schorlemer veranstalteten die Hakatifisten eine wahre Treibjagd. Unseres Erachtens zu Unrecht; denn auch Schorlemer erstrebt ausdrücklich die Verdeutschung der polnischen Landesteile, nur hielten er und die Konservativen dafür, daß die Anwendung, anstatt sie schneller zum Ziel zu führen, nur ein Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziele werden würde. Für die Konservativen war zweifellos auch die Erwägung maßgebend, daß die Enteignung auch für sie gefährlich werden kann, da die Agitation der Liberalen unter den deutschen Bauern in den letzten Monaten die Lösung verbreitet hat: Auch die Großgrundbesitzer müssen enteignet und ihre Güter unter die deutschen Bauern verteilt werden; denn der deutsche Bauer allein kann die polnischen Landesteile verdeutschend. Außerdem müssen auch die inneren politischen Schwierigkeiten im Staate in Erwägung gezogen werden. Bezeichnend war das Verhalten Bethmann-Hollwegs während der von den Hakatifisten veranstalteten Treibjagd. Als diese ein großes Geschrei erhoben, zog Bethmann-Hollweg, der offenbar um seine Stellung besorgt war und sich mit allen Mitteln in ihr zu behaupten suchte, sich öffentlich von Schorlemer zurück, verleugnete gleichsam

öffentlich seinen Kollegen, der nur den Beschluß des Staatsministeriums ausführte. Bezeichnend war damals ein offenbar aus der Umgebung des Reichskanzlers stammender Artikel der Schlesischen Zeitung. Schorlemer reichte aber nach dem allzuunwürdigen Verhalten des Karrierenreiters dem Könige sein Entlassungsgesuch ein. Lange war sein Schicksal unentschieden, denn erst etwa nach zwei Wochen lehnte der König seine Entlassung ab. Dies bedeutete einen gewissen Sieg des neuen polenfeindlichen Systems.

Danach entbrannte ein heftiger Kampf um das Oberpräsidium in Posen, und schon die Tatsache, daß als Kandidaten die verschiedensten Personen genannt wurden, zeigt von seiner Heftigkeit. Es wurde die Kandidatur des Breslauer Oberpräsidenten vorgeschoben, aber der Minister des Innern Dallwitz, der einen fortwährenden Wechsel im Breslauer Oberpräsidium für schädlich hielt, widersetzte sich dem. Die Anhänger Schorlemers dachten dann an die Kandidatur des Kölner Regierungspräsidenten, aber offenbar stießen sie ihre Gegner mit der Begründung um, daß der Kandidat die „Ostmarkenfrage“ nicht kenne. Die Anhänger des scharfen Kurzes schoben später die Kandidatur des Oppelner Regierungspräsidenten Schwerin vor, der durch seine hakatifistische Gesinnung bekannt ist und der hinsichtlich der Schneidigkeit Walbows entschieden noch übertroffen hätte.

Uns erschien diese Kandidatur von vornherein unwahrscheinlich, denn Schwerin ist ein Mensch, der in seinen Mitteln nicht wählerisch ist, der vor nichts zurückschreckt. Davon genügt die Tatsache, daß er vor drei Jahren nach den bekannten Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz keinen Anstand nahm, während des Aufenthalts des Kaisers bei dem Fürsten Henkel v. Donnersmark dem Kaiser den Polizeirat Mädler zu unterstellen, der wie ein Minister dem Kaiser über die polnische Frage Vortrag hielt. Natürlich handelte es sich ihm darum, den Kaiser gegen die Polen aufzuheizen. Herr Mädler ist bekanntlich aus der Unteroffizierlaufbahn hervorgegangen. Darin sehen wir keinen Abbruch, aber im allgemeinen ist ein Unteroffizier nicht fähig, dem Herrscher über polnisch-deutsche politische Verhältnisse Vortrag zu halten. Es scheint, daß dies später auch Kaiser Wilhelm verstand und Herrn v. Schwerin für dies Vorschreiben des Herrn Mädler nicht sehr dankbar war. Gegen seine Gepflogenheit bedachte der Kaiser Herrn Mädler mit keiner besonderen Gunst, worauf dieser sicher gerechnet hatte. Ob Herr von Schwerin die Gunst des Kaisers wiedererlangt hat wissen wir nicht.

Der dritte Kandidat war der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Schwarzkopff, ein äußerst fähiger Mann und ein Beamter, der schnell eine große Karriere gemacht hat. Von den Liberalen und von der Linken wird er gehaßt wie selten einer, denn ihm schieben sie in die Schuhe, daß die Schule einen christlichen Charakter hat und die Kirche einen gewissen Einfluß auf sie ausübt. Sein Standpunkt in der polnischen Frage trat vor allem bei den Schuldebatten hervor, in denen er öfters das Wort zu ergreifen pflegte. Auf dem Gebiete der Schulpolitik ist er ein entschiedener Anhänger des jetzigen germanisatorischen Schulsystems. Welchen Standpunkt er in der polnischen Bodenpolitik einnimmt, ist nicht bekannt, denn er hatte wenig Beziehungen zu ihr. Schwarzkopff gilt als ein Mann der Schorlemerischen Richtung, und als solchen begrüßt ihn auch die deutsche Presse. Seine Berufung zum Oberpräsidenten des Herzogtums Posen bedeutet einen Sieg der Schorlemerischen Richtung. Wir Polen können uns aber infolge des Sieges Schorlemers keinen Täuschungen hingeben. Schorlemer und seine Leute, mithin auch Schwarzkopff stimmen hinsichtlich der Ziele

der polenfeindlichen Politik mit den amtlichen und nichtamtlichen chauvinistischen Schreibern vollständig überein, sie unterscheidet sich nur in den Mitteln, und unseres Erachtens ist die Schorlemerische Politik für unsere Sache gefährlicher, als die Politik der chauvinistischen Schreiber, die in der Enteignung die Erreichung der Ziele der polenfeindlichen Politik erblicken.

Die deutsche Presse verwickelt aus Parteigründen, besonders mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen absichtlich die ganze Sache und stellt Schwarzkopff fast als Freund der Polen hin, vor allem sieht sie in seiner Berufung einen Wechsel des polenfeindlichen Kurses. Das sind aber nur parteipolitische Manöver und Wahlagititionen.

Aus Nr. 185 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 23. September 1911:

Der neue Oberpräsident des Großherzogtums Posen.

Der Wechsel im Oberpräsidium hat politische Bedeutung. v. Waldow ist angeblich infolge Mangels an Unterstützung für seine polenfeindlichen Pläne in der Zentralregierung und besonders bei dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer zurückgetreten. Die katolische Presse schrieb, das Enteignungsgesetz werde nicht in Kraft treten, es werde überhaupt eine Änderung in der „Ostmarkenpolitik“ eintreten. Die vorgeschobene Kandidatur des Doppelner Regierungspräsidenten Schwerin, der durch seine katolische Gesinnung bekannt ist, hat sich nicht behauptet.

Dr. Philipp Schwarzkopff beteiligte sich zwar an der polenfeindlichen Politik der Regierung, in deren Kultusministerium er eine hervorragende Rolle spielt, und verteidigte sie öffentlich im Abgeordnetenhaus; aber er gilt allgemein als Feind des „scharfen Tons“, wie ihn der Ostmarkenverein fordert. Dr. Schwarzkopff besitzt ein Gut im Posenschen und kennt die örtlichen Verhältnisse gut. Im Kultusministerium galt er als der hervorragendste Beamte, welcher der preussischen Schulpolitik die Richtung vorschrieb. Als Mann konservativer Anschauungen und als eifriger Anhänger der religiösen Erziehung war er Gegenstand von Angriffen der liberalen und freisinnigen Kreise.

Aus Nr. 222 des Kuryer Slaski (Zabrze)
vom 27. September 1911:

Kardinal Kopp und die politische Tätigkeit der Geistlichkeit.

Das kirchliche Amtsblatt für die Diözese Breslau veröffentlicht in seiner letzten Nummer folgende Verfügung des Fürstbischöflichen General-Vikariatsamts:

„Auf hohe Anordnung Sr. Eminenz weisen wir darauf hin, daß es unstatthaft sei, Pfarrhäuser und pfarrliche Grundstücke zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben, und daß es eine bedauernde Schädigung des seelsorgerischen Einflusses eines Pfarrers auf seine Gemeinde bedeute, wenn ohne seine Zustimmung Geistliche in der Gemeinde Wahl- und Agitationsreden halten.“

Diese Verfügung ist unklar und zweideutig. Ihren ersten Teil erklären wir uns in der Weise, daß der Herr Kardinal nicht wünsche, daß die Pfarrer in Pfarrhäusern politische Versammlungen abhalten oder Pfarrgrundstücke zu Versammlungen unter freiem Himmel hergeben. Dies betrifft weniger polnische Pfarrer, denn Pfarrer Wajda z. B. gab (nicht ein

Pfarrgrundstück, sondern sein eigenes Privatgrundstück zu Versammlungen her. Dagegen haben die Zentrumsgeistlichen an sehr vielen Orten Parochialsäle, in denen Versammlungen der Zentrumspartei stattfinden und in denen manch scharfes Wort gegen die polnischen Parochianen fällt, was nicht wenig zum Wachstum des Unfriedens zwischen Parochianen und Geistlichen beiträgt. Wir hegen die Hoffnung, daß sich die Zentrumsgeistlichen der Verfügung des Herrn Kardinals fügen und politische Versammlungen und Sitzungen in Pfarrlokalen nicht mehr veranstalten werden.

Der zweite Teil der Verfügung untersagt den Geistlichen in Parochien anderer Geistlicher politische Versammlungen zu veranstalten und in ihnen Reden zu halten, sofern diese Ortspfarrer nicht ihre Zustimmung hierzu geben. Wir können nicht glauben, daß sich diese Verfügung auf solche Geistliche bezieht, wie auf unsere Abgeordneten, z. B. die Geistlichen Wajda, Brandys und Jankowski. Eine solche Verfügung würde nämlich den Geistlichen-Abgeordneten die Erstattung parlamentarischer Berichte unmöglich machen, und eine Wählerversammlung, in welcher unser Geistliche-Abgeordnete reden wollte, hinge von der Gnade und Laune des Orts Pfarrers ab, in dessen Parochie unser Wahlkomitee eine Versammlung einberuft. Da wir die Gesinnung der Zentrumspfarrer gegen uns Polen kennen, müßten wir zu dem Schluß kommen, daß eine solche Auslegung dieser Verfügung unseren Geistlichen eine parlamentarische Betätigung überhaupt unmöglich machen würde. Denn zu den Pflichten jedes Abgeordneten gehört die Erstattung eines parlamentarischen Berichts und eine Verständigung mit seinen Wählern in Versammlungen. Die Staatsgesetze geben den Abgeordneten diese Rechte, und wir können nicht glauben, daß ein so loyaler Staatsbürger, wie Herr Kardinal Kopp ist, für die Geistlichen-Abgeordneten diese Rechte, die ihnen die Verfassung gibt und gewährleistet, einfach kassieren wollte.

Diese Verfügung bedarf einer näheren Erläuterung, die zweifellos in kurzer Zeit erfolgen wird.

Aus Nr. 182 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 20. September 1911.

Wer im Glashaus sitzt . . .

Die Breslauer Schles. Zeitung schrieb einen umfangreichen Artikel über die Verhältnisse im polnischen Lager, und zwar über die Entwicklung der politischen Parteien im preussischen Teilgebiet. Sie ließ sich auch darüber aus, was bei uns in Oberschlesien geschehen ist und geschieht. Es wurde dort auch manche für diejenigen unserer Politiker unangenehme Sache mitgeteilt, die aus bekannten Nebenrückichten sich aus einem Saulus in einen Paulus verwandelt haben. Aber nicht darum ist es uns zu tun.

Die Schles. Ztg. drückt zwischen den Zeilen die Hoffnung aus, daß die inneren Reibungen im Schoße unserer Volks-gesamtheit bei den Wahlen unsere Kollektivstellung angesichts des äußeren Feindes, angesichts der Deutschen, schwächen werden.

Bis in die jüngste Zeit spielten sich bei uns innere politische Kämpfe nicht so sehr um grundsätzliche Lösungen, als um Personen ab. Namen dienten als Fahne: Sie Napieralski! — Sie Korfanty! Manches hat sich in dieser Hinsicht bei uns zum Vorteil geändert. Wenigstens wird auf unserer national-demokratischen Seite immer wieder unterstrichen, daß wir eine persönliche Politik nicht anerkennen. Unsere Gegner aus dem Beuthener Lager suchen zwar dem Volke einzureden, daß das um die Gazeta Ludowa

sich gruppierende Lager das Lager eines einzigen Abgeordneten sei, aber die aufgeklärten Kreise wissen sehr wohl, daß in der Nationaldemokratie ein Kollektivwille lebt, und daß mit ihr nicht der Wille des einen oder anderen Individuums nach Belieben schaltet und waltet.

Dies bedeutet viel, besonders wenn man in Erwägung zieht, daß solche Verhältnisse im Oppositionslager herrschen, denn eine Opposition bildet doch die Nationaldemokratie bei uns in Schlesien.

Unser Oppositionslager nun, welches sich dem älteren Katolik-Lager entgegenstellt, stellt die Frage der Wahlen klar und unzweideutig: Möglicht viele polnische Mandate erobern — das ist unsere Aufgabe. Dieses Ziel wird das polnische Volk in Oberschlesien nur dann erreichen, wenn wir alle verstehen werden, das Wohl der Sache über den persönlichen Ehrgeiz zu stellen. Überspannte persönliche ehrgeizige Bestrebungen müssen so gebändigt und untergebracht werden, daß sie nicht auf Kosten der öffentlichen Sache wachsen, daß unsere Stellung durch die Schuld dieser ehrgeizigen Bestrebungen nicht dort erschüttert würde, wo sie sich leicht erschüttern kann.

Vorläufig schreiben wir absichtlich allgemein, wie wohl für die mit den Verhältnissen vertrauten deutlich genug. Bei einigermaßen gutem Willen kann man bei uns in Oberschlesien die Wahlkampagne so gestalten, daß unsere Kollektivsache dadurch nicht nur nichts einbüßen, sondern gewinnen wird. Wir wiederholen: Es bedarf nur guten Willens. Groß wäre die Verantwortung derjenigen, die diesen guten Willen nicht an den Tag legen wollten.

Aber wir blicken vertrauensvoll in die Zukunft, und die Schlesische Zeitung möge mit ihren Hoffnungen vorsichtig sein, denn sie selbst sitzt unter einem Glasdach. Möge sie sehen, was im deutschen Lager im Großherzogtum, in Westpreußen und auch bei uns vorgeht. Es besteht nicht bloß eine Scheidung in Zentrumsleute einerseits und in andere Parteien andererseits, sondern auch die Konservativen und Liberalen beißen sich untereinander. Sie drohen sich gegenseitig, daß sie nur unter bestimmten Bedingungen bereit seien, bei den Stichwahlen einander zu unterstützen, daß unter Umständen bei den Stichwahlen sogar angesichts des gemeinsamen polnischen Feindes die Konservativen den Liberalen und umgekehrt die Liberalen den Konservativen ihre Hilfe versagen werden. Zwar sind dies nur Drohungen, aber von solchen Drohungen hört man Gott sei Lob im polnischen Lager nichts. Angesichts des gemeinsamen deutschen Feindes werden bei uns Polen die Parteiunterschiede verstummen.

Also still geessen, ihr Herren Katoliken von der Schlej. Ztg., und seid des Sprichwortes eingedenk: „Wer im Glashaus sitzt, werfe nicht auf andere mit Steinen“.

Aus Nr. 183 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 21. September 1911:

Zur Verteidigung der obererschlesischen Kapitalisten.

Vor einigen Tagen schrieben die Beuthener Blätter, die Nationaldemokratie in Galizien bekämpfe die polnischen Arbeiter in Oberschlesien. Veranlassung zu einem solchen Vorwurf gaben galizische Blätter, die zum Boykott der preussischen Kohle aufforderten und den größeren Wert der galizischen Kohle im Vergleich zu dem der obererschlesischen Kohle nachwiesen.

Die Gazeta Ludowa schrieb seiner Zeit, die Agitation in Galizien gegen die obererschlesische Kohle sei etwas verspätet, weil die Preußen sowieso schon in

Galizien große Komplexe von Kohlenlagern in ihren Besitz genommen hätten. Trotzdem werde dies, wenn sich die Kohlenindustrie in Galizien entwickelt, auch mittelbar auf eine raschere Entwicklung der anderen Handelszweige einwirken.

Aber wenden wir uns wieder dem Angriff der Beuthener Blätter auf die galizischen Polen zu. Die Beuthener Blätter fallen nur über die Nationaldemokratie her, während in Galizien fast alle Parteien, auch die galizischen Versöhner, die Freunde der Beuthener, die obererschlesische Kohle bekämpfen. Darüber schreiben die Beuthener Politiker nicht, weil ihnen dies unbequem ist, weil sie ihr eigenes Nest beschmutzen würden. Wenn die Beuthener verschweigen, daß auch die galizischen Versöhner die obererschlesische Kohle boykottieren, und deswegen nun die galizischen Nationaldemokraten schmähen, so beweist dies klar, daß die Beuthener, was wir schon vielfach nachgewiesen haben, Versöhner sind, denn sie würden, wenn sie es nicht wären, die galizischen Versöhner nicht schonen. Die Angriffe der Beuthener Blätter auf die Nationaldemokratie sind eine alltägliche Unehrllichkeit, mit der wir nicht zu kämpfen beabsichtigen. Uns kommt es auf die Sache selbst an.

Es ist richtig, daß die Arbeiter, einen je größeren Absatz die schlesische Kohlenindustrie hat, desto mehr verdienen können. Wenn die Kohlenbestellungen an Zahl groß sind, so ist auch die Summe der Löhne größer, weil die Bergleute mehr Schätze aus der Erde fördern. Ein bedeutender Teil der obererschlesischen Kohle ging nach Galizien. Diese Ausfuhr verringert sich indes von Jahr zu Jahr, denn die Polen in Galizien boykottieren, da sie heimische Kohle im Überfluß haben, die hiesige Kohle. Die Katolik-Blätter bekämpfen die galizischen Polen, die nach Ansicht unserer Versöhner den schlesischen Arbeitern den Broterwerb und Verdienst entziehen.

Die Beuthener Blätter hätten recht, wenn die obererschlesische Kohle ausschließlich nach Galizien ginge. Dem ist aber nicht so. Die obererschlesische Kohle wird nämlich auch in die Provinzen Brandenburg, Pommern, West- und Ostpreußen und andere ausgeführt. In diesen vier Provinzen boykottieren seit einigen Jahren die Preußen selbst die schlesische Kohle, denn sie kaufen englische Kohle. In der Hauptstadt Berlin selbst verwendet man nicht schlesische, sondern englische Kohle.

Wie die Statistik zeigt, haben die Berliner Gasanstalten allein eingeführt:

Jahr	aus Oberschlesien Tonnen	aus England Tonnen
1900	404 462	197 371
1901	416 416	292 788
1902	451 533	275 070
1903	513 749	300 205
1904	441 551	420 533
1905	469 723	557 036
1906	580 461	638 225
1907	514 913	764 290
1908	113 208	901 278
1909	493 100	863 000
1910	493 100	842 000
1911	284 000	1 118 783

Diese Zahlen werfen ein grelles Licht darauf, wie die Berliner die obererschlesische Kohle boykottieren. So sieht es allein in Berlin aus! Und wie wird die obererschlesische Kohle in den in vorstehenden genannten Provinzen boykottiert?

Die obererschlesische Kohle hat zwei Feinde: 1. die Preußen, welche englische Kohle kaufen, und 2. die galizischen Polen, welche ihre eigene galizische Kohle kaufen wollen.

Die Katolik-Blätter brandmarken die Preußen, die englische Kohle beziehen und die obererschlesische Kohle boykottieren, nicht, aber gegen unsere polnischen Landsleute in Galizien fahren sie Kanonen auf. Einen solchen Standpunkt wird jeder ehrliche Pole verurteilen, weil er einer polnischen Zeitung unwürdig ist. Wenn jemand, so hätten vor allem die Preußen aus dem Norden selbst verurteilt werden müssen, die da die obererschlesische Kohle boykottieren und dadurch den polnischen Arbeitern Brot und Verdienst entziehen. Nach den Beuthener Zeitungen dürfen die katolischen Preußen die obererschlesische Kohle boykottieren, aber ihr, polnischen Brüder aus Galizien, sollt preussische Kohle kaufen . . .

Doch scheint es, daß wir die Beuthener verstehen, warum sie den Preußen die Freiheit des Boykotts lassen, die galizischen Polen aber als Verräter des polnischen Arbeiters schmähen. Den Beuthener Politikern ist es nicht so sehr um das Wohl der ganzen Nation zu tun, als vielmehr um ihr persönliches Interesse.

Die Beuthener Politiker haben die Genossenschaft „Schlesischer Export“ gegründet, die überwiegend mit Kohle handelt und in Krakau ihre Filiale besitzt. Der Boykott der obererschlesischen Kohle durch die galizischen Polen ist eine nationale Sünde gegen den „Schlesischen Export“, der an der nationalen Sache ein gutes „Geschäft“ machen möchte.

Noch eine charakteristische Sache. Die Beuthener Politiker zerreißen erst jetzt das Gewand und schreien über den Verrat der Nationaldemokratie in Galizien, während der Boykott der preussischen Kohle in Galizien schon seit mehreren Jahren besteht. Sollten denn die Beuthener Blätter erst jetzt von dem Boykott etwas erfahren haben? Gewiß kannten sie ihn. Aber sie haben ihn nicht bekämpft, denn der Führer der galizischen Nationaldemokratie, Herr Glombinski, versprach als Eisenbahnminister, die Kohle für die österreichischen Eisenbahnen vom „Schlesischen Export“ zu beziehen. In dem Augenblick aber, als der Führer der galizischen Nationaldemokratie aufgehört hat, Eisenbahnminister zu sein, war Herr Glombinski den Beuthener Politikern schon entbehrlich; die Katolik-Blätter griffen den früheren Minister Herrn Glombinski wochenlang an, und der Abg. Korsanty schmähte ihn in der Versammlung zu Radoschau.

Der Boykott der obererschlesischen Kohle macht sich unseren Arbeitern, die bei ihren elenden Löhnen häufig „feiern“ mußten, unangenehm fühlbar. Die Gruben haben wenig Bestellungen, und die Zahl der Arbeiter ist zu groß. Die obererschlesische Industrie befindet sich wirklich in einer unangenehmen Lage. Dieser Krebschaden ließe sich indes sofort beseitigen. Es wäre besser, wenn die galizischen Versöhner in die schlesischen Gruben nicht Tausende von Ruthenen schickten. Bekanntlich bildet der ruthenische Arbeiter für die Arbeiterbewegung in Schlesien eine ernste Gefahr. Die Ruthenen, die sich auf den Bergbau nicht verstehen, können leicht Unfälle in den Gruben veranlassen, sie arbeiten billiger als der schlesische Arbeiter, weil sie nicht so viel kulturelle Bedürfnisse haben wie unser Arbeiter. Unsere Arbeiter gehen monatelang ohne Erwerb herum, sie müssen in deutschen Gegenden Arbeit suchen. Die galizischen Versöhner, also die Freunde der Beuthener Politiker, schicken nach Schlesien den polnischen Arbeitern Konkurrenten, indem sie diese aus ihren uralten Sitzen verdrängen. Die Beuthener Presse bekämpft diese galizischen Versöhner nicht, denn es tun dies doch Versöhner, politische Freunde der Beuthener! So sieht die angebliche Verteidigung unseres Arbeiters durch die Beuthener Politiker aus. Mit schönen aber leeren Phrasen von der Not des schlesischen Arbeiters operieren sie, aber ihr persönliches Interesse bezwecken sie.

Aus Nr. 220 des Kurjer Slaski (Zabrze)
vom 24. September 1911:

Pfarrer und Abgeordneter Wajda gegen Pfarrer Grund.

Welches Argernis Pfarrer Grund durch seinen unseligen Übergriff auf dem St. Annaberge erregt hat, kann sich jeder aus einem Schreiben überzeugen, das uns sein Nachbar Pfarrer Wajda mit der Bitte um Veröffentlichung überandt hat. Das Schreiben des Pfarrers und Abgeordneten Wajda lautet:

Keltsch, den 20. September 1911.

Geehrte Redaktion!

Infolge des Auftretens des Herrn Pfarrers Grund, meines Nachbarn, auf dem St. Annaberge und infolge seiner Angriffe auf die Herren Napieralski und Korsanty und — mittelbar — auf die ganze polnische Fraktion, deren Mitglieder wir sind, bringen bei mir nicht nur meine eigenen Parochianen, die dieser denkwürdigen Predigt beigewohnt haben, bei mir Klagen und Beschwerden vor, sondern ich erhalte auch aus ferneren Gegenden Briefe voll Erbitterung und Argernis (darunter einen 10 Seiten langen Brief) und alle schütten alle ihre Wehklagen aus und verlangen von mir Erklärungen und Auskünfte.

Ich halte es daher als dem Lebensalter nach ältester unter den obererschlesischen polnischen Abgeordneten für meine heilige Pflicht, öffentlich das Wort zu ergreifen und meinen Standpunkt sowie meine Auffassung in Anbetracht der persönlichen Beschimpfungen, die an dem hl. Wallfahrtsort gefallen sein sollen, näher zu beleuchten.

Wir katholisch-polnischen Geistlichen aus Oberschlesien schlossen uns s. Zt. der sogenannten „polnischen Bewegung“ an und traten später der polnischen Fraktion, als uns unsere Wähler mit ihrem Vertrauen geehrt, in der festen Überzeugung bei, daß unsere katholisch-polnische Sache eine reine, heilige und gerechte Sache ist. Und wenn wir katholisch-polnischen Geistlichen neben den Seelsorgepflichten aus den Händen unserer Landsleute Abgeordnetenmandate angenommen haben, so taten wir es, wie dies jeder Aufgeklärte leicht verstehen wird, nicht irgend welcher Vorteile wegen — denn jeder weiß, mit welchem Widerwillen man von oben auf uns blickt, und daß wir nichts erhoffen können — sondern einzig und allein in dem Gefühl und in der Überzeugung, daß wir einer guten Sache dienen und daß wir einmal des höchsten Richters Worte vernehmen werden: „Guter Diener“ usw.

Es ziemt also nicht, und zwar am wenigsten an einem heiligen Wallfahrtsort, dieser unserer ganzen polnischen Bewegung und unserer heiligen katholisch-polnischen Sache so jede Ehre abzusprechen, denn diese Bewegung ist weder dem Glauben noch der katholischen Kirche feindlich, im Gegenteil verteidigt sie beharrlich den Glauben und die Kirche gegen die Angriffe der Skeptiker.

Was die persönlichen Angriffe auf die Herren Abgeordneten Napieralski und Korsanty anbetrifft, so meine ich, daß der unselige Redner im geistlichen Kleide an anderer Stelle sich dafür zu verantworten haben wird, und daß ihm dies nicht leicht fallen dürfte. Ein Unwissender kann nicht Redakteur sein, es müßten denn auch ein Erzpriester Ganczarski aus Gutentag oder sogar Prälat Dr. Frank Unwissende genannt werden, denn auch diese beiden ausgezeichneten Priester waren sogar lange Zeit Redakteure. Ich kann nur soviel gewissenhaft bemerken, daß gerade diese beiden Abgeordneten, die Herren Napieralski und Korsanty zu den hervorragendsten Mitgliedern der polnischen Fraktion gehören und unter großer Aufopferung für die Sache des polnisch-katholischen Volkes viel arbeiten.

Aber genug damit. Ich bedaure — ich wiederhole es noch einmal — unendlich, daß mein Nachbar gerade mit einer so ungeligen, politischen Rede an dem hl. Orte hervorgetreten ist. Es wäre in der Tat besser, wenn er sich ordentlich in die Zunge gebissen hätte.

Pfarrer J. Wajda.

Aus Nr. 171 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 7. September 1911:

Deutsche und polnische Aufklärungsarbeit in unseren Landesteilen.

Nach den sehr mageren Berichten des polnischen Volksbüchereivereins bestanden im Jahre 1908 im ganzen Teilgebiet etwa 1500 Büchereien. Von diesen entfielen auf die Provinz Posen 693, auf Westpreußen 266, auf Ostpreußen 40, auf Oberschlesien 204, auf die Emigration 197 polnische Büchereien; deutsche Büchereien dagegen waren 688 im Posenschen und 1604 in Westpreußen.

Wenn wir die Zahl der polnischen und deutschen Einwohner vergleichen, so werden wir sehen, wie weit wir zurückgeblieben sind.

	Bevölkerung		Büchereien	
	polnisch	deutsch	polnisch	deutsch
Posen	1 167 835	719 440	693	668
Westpreußen	1 008 540	555 118	266	1 604

Aus dieser Zusammenstellung ersehen wir, daß im Posenschen im Verhältnis zur deutschen Bevölkerung noch einmal soviel und in Westpreußen nicht 266, sondern 800 Büchereien sein müßten. Noch schlimmer stellt sich die Sache in Oberschlesien dar, wo nur 204 schwach sich entwickelnde Büchereien bestehen; deutsche Büchereien dagegen gibt es fast in jedem Dorfe.

Genauer kenne ich die Zahl der deutschen Büchereien nicht, aber bekannt ist mir ihre Bücherzahl, die mehr als 196 344 betrug; wenn wir annehmen, daß die polnischen Büchereien je 100 Bücher zählen, so erhalten wir in diesem überwiegend polnischen Lande 20 000 polnische Bücher gegenüber 196 344 deutschen.

Noch krasser werden wir die deutschen Bestrebungen einschätzen, wenn wir die Zahl der Büchereien in den Kreisen Czarnikau und Schildberg vergleichen. Dieser Kreis ist überwiegend polnisch und immerhin gut organisiert; der Kreis Czarnikau dagegen ist überwiegend deutsch. Die Verteilung war wie folgt:

Kreis	Bevölkerung		Büchereien	
	polnisch	deutsch	polnisch	deutsch
Czarnikau	14 184	24 401	6	39
Schildberg	30 618	3 403	19	8

Wir sehen also, daß die Deutschen gerade in den polnischen Kreisen Büchereien zu gründen bemüht sind; den Polen dagegen fehlt in den gefährdeten Kreisen diese Tatkraft.

Belehrend sind auch die Zahlen der Bücherverleihungen. In der Provinz Posen wurden im Jahre 1909/10 in den deutschen Büchereien 386 827 Bücher auf 719 440 Einwohner ausgegeben, während bei uns auf fast 4 000 000 Einwohner im preussischen Teilgebiet nach der Zusammenstellung des Volksbüchereivereins die Zahl der Bücherverleihungen nur etwa 800 000 beträgt.

In Wilba bei Posen besteht eine deutsche Bücherei, die 1144 Bände zählt und 5848 Bücherverleihungen aufweist, während die polnische Bücherei von sehr bescheidenem Umfang ist.

Auch die Beitragsleistungen außer den staatlichen Beihilfen sind bei den Deutschen außerordentlich reichlich, und zwar wurden in Oberschlesien im Jahre 1903 — 78 680 M., im Jahre 1909 schon 128 223 M. aufgebracht, während bei uns kaum der sechste Teil im ganzen Teilgebiet aufgebracht wird.

Anlässlich der diesjährigen deutschen Ausstellung gibt Dr. Focke eine Übersicht über das Büchereiwesen und über Lichtbildervorträge, die sich wie folgt darstellt:

I.

Jahr	Zahl der Büchereien	Zahl der Leser	Bücherbestand	Bücher Ausgaben
1905/6	486	23 038	82 960	230 630
1906/7	568	27 483	96 526	281 339
1907/8	621	28 253	108 539	326 024
1908/9	668	30 866	115 497	364 400
1909/10	727	31 206	121 119	386 827
im März geschlossen				

II.

Jahr	Zahl der Serien	Bilder wurden verwendet
1905/6	25	172
1906/7	49	233
1907/8	50	304
1908/9	55	397
1909/10	63	451
1910/11	67	415
im März geschlossen		

Aus dieser Zusammenstellung ersehen wir, wie rasch die deutsche Aufklärungsarbeit in den polnischen Landesteilen in gleichem Tempo fortschreitet; und die genauen Zahlenangaben beweisen auch die große Gewissenhaftigkeit derjenigen, die sich dieser Sache widmen.

Wie sieht es bei uns aus? Der Hauptvorstand klagt Jahr für Jahr über die Gleichgültigkeit in der Erstattung der Berichte; man hört Entschuldigungen, die Deutschen verfügten über die Hilfe der Beamten und Lehrer, die pflichtgemäß diese Arbeit gewissenhaft ausführen.

Was beweist denn dies — sollte uns die Bürgerpflicht nicht zu desto größerer Sorgfalt anregen? Durch jede solche Entschuldigung verschleiern wir, ohne es zu wissen, unsere eigene Unfähigkeit oder gar Trägheit.

Wikar A. Ludwiczak.

Aus Nr. 109 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 16. September 1911:

Die Redaktion der Gazeta Opolska

beehrte heute mit seinem Besuch ein außergewöhnlicher Gast, Seine Eminenz Erzbischof Symon aus Rom. Erzbischof Symon ist seit 10 Jahren Berater des Apostolischen Stuhls, früher war er Metropolitan-Erzbischof von Petersburg-Moskau. Der hl. Stuhl hatte ihn nach Nordamerika entsandt, um die Kirchenverhältnisse unter den Polen zu untersuchen, infolge dessen der Papst den ersten polnischen Bischof, Rhode, in Amerika ernannte.

Der Herr Erzbischof kam aus Krakau in Begleitung des Ehepaares Kleniewski aus dem Königreich Polen. Gestern früh zelebrierte er in Deutsch Piekar eine

hl. Messe, die Kirche war von frommem Volke überfüllt. Heute langten der Herr Erzbischof und das Ehepaar Kleniewski in Begleitung des Katolik-Redakteurs Dombek aus Wysoka im Kreise Rosenberg, wo sie dem Pfarrer Kuczka einen Besuch abstatteten, in Oppeln an.

Hier wurden sie von den Herrn Br. und T. Kora-
szewski gastlich aufgenommen. Seine Eminenz ge-
stattete uns, von seinem hiesigen Aufenthalt unseren
Lesern Mitteilung zu machen, und in das Tagebuch
der Redaktion der Gazeta Opolska geruhte er einzu-
tragen:

„Die erspriessliche Arbeit begünstige und segne
Gott!“

Franz Albin Symon,
Erzbischof von Attalin.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 218 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 24. September 1911:

Das „Polnische Haus“ in Berlin.

Wie wir bereits gestern kurz bemerkt hatten, ist die während des gelegentlich unserer Industrieausstellung veranstalteten Festessens angeregte Genossenschaft mit beschränkter Haftung unter der Bezeichnung: „Dom Polski w Berlinie“ nunmehr gegründet worden. Zu dieser Versammlung wurden jene Bürger eingeladen, die während des erwähnten Festessens und später ihren Beitritt zu der zu gründenden Genossenschaft schriftlich erklärt hatten. Aus praktischen Gründen beschränkte man sich lediglich auf die hiesigen Deklaranten.

Es erschienen 25 Personen, unter ihnen alle jene Bürger, welche größere Summen gezeichnet hatten. Während der Versammlung traten noch drei Personen als Mitglieder bei.

Auf Wunsch der Anwesenden leitete die Versammlung der Verleger und Redakteur unserer Zeitung, Herr F. S. Krzyżak, der Herrn Dr. Adamczewski zum Schriftführer berief. Zunächst beriet man über die Form der Genossenschaft und man einigte sich auf die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Dann legte der Vorsitzende das Projekt der Statuten vor. Es wurde ein Paragraph nach dem andern durchgesprochen und sie wurden, nachdem entsprechende Verbesserungen vorgenommen worden waren, angenommen.

Um möglichst weiten Kreisen der Landsleute, namentlich auch solchen aus den Arbeiterkreisen, den Beitritt zur Genossenschaft zu ermöglichen, wurden möglichst niedrige Anteile, eine niedrige Haftsumme und bequeme Ratenzahlungen beschlossen. Der Anteil wird 100 Mark betragen, man wird ihn in vierteljährlichen Raten von 10 Mark bezahlen. Das Eintrittsgeld ist auf 3 Mark festgesetzt und die Höhe der Haftsumme auf 100 Mark.

Der Zweck der Genossenschaft ist in § 3 folgendermaßen beschrieben:

„Zweck des Unternehmens ist die Schaffung eines Sitzes für die polnischen Vereine und Institutionen.“

Nach Annahme der Statuten und nachdem 28 Teilnehmer an der Versammlung erklärt hatten, daß sie ihnen beitreten, fand die Wahl von 9 Aufsichtsratsmitgliedern statt. Die Abstimmung fand geheim durch Zettel statt. Mit Stimmenmehrheit wurden gewählt:

Karl Rose,
Dr. Alexander Tempzki,
Victor Konfiolewski,

Jozej Morgenstern,
Stefan Glowacki,
Alexander Wroblewski,
Dr. Jozej Adamczewski,
Teofil Chojnacki,
Johann Schmidt.

Es konstituierte sich dann der Aufsichtsrat. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Dr. A. Tempzki, zum Stellvertreter des Vorsitzenden Karl Rose, zum Schriftführer Dr. J. Adamczewski, zum Stellvertreter des Schriftführers A. Wroblewski.

Dann ging der Aufsichtsrat zur Wahl des Vorstandes über. Gewählt wurden einstimmig:

1. F. S. Krzyżak,
2. Rechtsanwalt Kajimir Urzuch,
3. Julian Sotolowski als Schatzmeister.

Alle Teilnehmer hatten die Überzeugung, daß sie an eine gute und nützliche Sache Hand anlegen.

Quod faustum fortunatumque sit!

Aus Nr. 217 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 23. September 1911:

Weder polnisch noch deutsch.

Das berühmte Schulsystem in Preußen, das in den polnischen Landesteilen die Muttersprache der polnischen Kinder aus der Schule ausschließt, erzieht uns für unsere schweren Schulaufgaben eine Jugend, die weder deutsch noch polnisch versteht. Die polnischen Kinder, die in der Schule völlig wie Papageien unterrichtet werden, verlieren nach dem Verlassen derselben das bißchen Deutschtum, das ihrem Gedächtnis eingebracht worden ist, und da man sie in der Schule auch nicht ein Wörtchen der polnischen Sprache gelehrt hat, vermischt sich ihnen das Deutschtum mit der Muttersprache, und sie verstehen weder deutsch noch polnisch. Die Briefe, die z. B. die im Heere dienenden Jünglinge schreiben, machen den Eindruck, als wenn sie von Analphabeten kommen. Wir bringen nachstehend wortgetreu ein wahres Monstrum eines Briefes, der von einem jungen Soldaten an seine Mutter gerichtet und uns von einem Leser zum Gebrauch überhandt worden ist.

G r a b o w dina 24. Mai 1911.

gut Mutter schreiben dijer par woten in kraf war
Ich kraf zwei Wochen lif B. jez kam Ich Kaserm bloß
habe zwelf 12 marek wem moch mal schreiben miß
penische wen kam schwerer lesen docz schreiben kam
docz pozku mamiz bloß docz jez mene nir das Gald
ab. Vater Besene ab. wen jarem nach hase kref Geld
ab. habe ein buch ich som Vater Besen 40 M. unter
20 M. Rozen jez is fertif.

Was sagen zu diesem Sprachungetüm alle jene Administratoren und Pädagogen in Posen und in Berlin, die das gegenwärtige, an dem Gehirn unserer Kinder praktizierende unmögliche Schulsystem als gut und erfolgreich loben. Gut würde es sein, Karten und Briefe dieser Art zu sammeln und sie den entscheidenden Kreisen zu übersenden, damit sie sich durch Augenschein davon überzeugen, daß das System, das vom Unterricht in der Schule die Muttersprache ausschließt, vielmehr Ideoten als Leute großzieht, die im Leben ihre Stelle gehörig ausfüllen sollen.

Ein System, welches vergiftet, daß wir „non scholae sed vitae discimus“, und das solche Jünglinge großzieht, die solche Briefe wie den vorstehend angeführten schreiben, spricht allen gesunden pädagogischen Grundsätzen und dem gesunden menschlichen Verstand Hohn.

Werfet die erbärmliche Politik aus der Schule heraus und lehret zu den Grundsätzen des Pestalozzi

und des Comenius zurück, nicht nur aus Rücksicht auf die deutschen Kinder, sondern vor allen Dingen aus Rücksicht auf die polnischen Kinder, und ihr werdet zur Beruhigung der über das gegenwärtige unmögliche Schulsystem empörten Gemüter der polnischen Bevölkerung beitragen.

Die Schule soll eine kulturelle Institution sein und nicht ein Werkzeug zur künstlichen Fabrikation von Deutschen.

Aus Nr. 18 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. September 1911:

Bericht über die Tätigkeit aus dem letzten Jahre.

Tempehøj.

Der Verein zählt gegenwärtig 58 ordentliche Mitglieder. Außerdem ernannte der Verein den Geistlichen Czarowski, der den Verein wohlwollend unterstützt, zum Ehrenmitgliede. Die Versammlungen finden gewöhnlich alle 14 Tage im Lokal des Herrn Sobkiewicz Friedrich-Wilhelmstr. 15 statt. Im vergangenen Jahre fanden 24 ordentliche, zwei außerordentliche und zwei Generalversammlungen statt, außerdem acht Vorstandssitzungen.

Der Kassenumsatz ist folgender: Die Einnahme betrug 404,97 M. Die Ausgabe betrug 734,30 M. Der Kassenbestand beträgt mit dem Bestand aus dem vergangenen Jahre 199,73 M. Für die Mitglieder ist eine Bibliothek zur Benutzung, ferner hält der Verein verschiedene Zeitungen und zwar: den Dziennik Berlinski, die Gazeta Gruzdziondzka, den Bielgrzym, den Robotnik aus Posen, den Kraj und die Niedziela.

Der Verein gehört zu den Vereinen Oswiata und Przynalisko mit entsprechenden Beiträgen, ferner ist er Mitglied des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine Deutschlands.

Im Laufe des Jahres wurden zwei Messen bestellt, eine zu Ostern und die zweite eine Woche vor dem Stiftungsfest anlässlich der Fahnenweihe, bei welcher Gelegenheit die Mitglieder die heilige Kommunion empfangen. Außer dem Stiftungsfeste wurden noch drei Vergnügungen abgehalten.

Zur Begehung von Festlichkeiten der Nachbarvereine wurden zwölfmal Delegierte entsandt.

Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: Fr. Szwałek, Vorsitzender, Wab. Juja, Schriftführer, Johann Dembinski, Kassierer und Johann Wais, Bibliothekar.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 443 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 22. September 1911:

Der neue Oberpräsident in Posen.

Die Beseitigung des bisherigen Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen, v. Baldow, der wie noch seiner Vorgänger seine Sympathie für die hakatistische Agitation bewiesen hat, und die Berufung Dr. Schwarzkopffs an seine Stelle wird von der deutschen Presse als ein Akt von hoher politischer Bedeutung angesehen.

Sowohl die Gegner als auch die Anhänger einer gewaltsamen Germanisierungsaktion heben die Gegensätze des Charakters und der Gesinnung beider Würdenträger hervor und sagen, daß die Entsendung einer so hervorragenden und selbständigen Persönlichkeit wie Schwarzkopff nach Posen durch besondere Ursachen

und Rücksichten zu erklären sei, daß es sich nicht nur um einen Personenwechsel, sondern um eine Wendung der Regierungspolitik im Osten handle.

Die hakatistische Presse ist mit die'm Wechsel naturgemäß wenig zufrieden, da sie voraussieht, daß der neue Oberpräsident kein so gefügiges Werkzeug in den Händen der hakatistischen Organisation sein wird, wie sein Vorgänger; die liberale Presse hebt die konservativen Anschauungen und klerikalen Neigungen des neuen Machthabers hervor, nimmt aus diesem Grunde sein Ausscheiden aus dem Kultusministerium gern auf und hofft von ihm, daß er im Sinne der Wünsche Bethmann-Hollwegs und Schorlemers bemüht sein werde, die nationalen Gegensätze zu mildern und normale Verhältnisse im Posenschen wiederherzustellen. Aber darin stimmen beide Seiten überein, daß die Berufung Schwarzkopffs nur eine Änderung der Taktik und nicht der politischen Richtung bedeute, daß die Germanisierungspolitik mit ungeschwächter Tatkraft weitergeführt werden werde, nur ohne Anwendung des Enteignungsgesetzes und ohne Schikanen, die nur Erbitterung hervorrufen und die Erreichung des erwünschten Zieles — der Germanisierung des alten polnischen Landesteils — erschweren.

Die Lage ist völlig klar, und die polnische Volksgemeinschaft legt sich von der Bedeutung des Wechselvergnüglih Rechenschaft ab. Die ganze polnische Presse nahm die Nachricht von der Ernennung Schwarzkopffs mit großer Ruhe auf und nimmt an, daß in geringfügigen Einzelheiten eine gewisse Besserung der Verhältnisse eintreten könne, aber sie gibt sich keinen Täuschungen hin. Entsprechend den grundsätzlichen Anschauungen über die Stellung der Volksgemeinschaft zur Regierung treten in der Presse der verschiedenen Richtungen gewisse Unterschiede in der Auffassung der neuen Lage, gewisse Schattierungen in der Art der Charakteristik der Verhältnisse in die Erscheinung.

Das Lemberger national-demokratische Slowo Polskie gibt alsdann die einschlägigen Pressstimmen Posener Blätter, wie des Dziennik Poznanski und des Kurjer Poznanski, wieder und knüpft daran folgende Bemerkung:

Die Lösung: Abwarten, was sein wird, und rastlos an der Entwicklung und Konsolidierung des polnischen Gemeinwesens arbeiten, ist die einzige Lösung, die vor bitteren Enttäuschungen bewahren kann und die Bürgschaft eines Erfolges ohne Rücksicht darauf bietet, wie sich in der Praxis das Regime des neuen kaiserlichen Bevollmächtigten in Posen gestalten wird.

Aus Nr. 429 der Nowa Reforma (Kraau)
vom 20. September 1911.

Dr. Schwarzkopff.

Nach amtlichen Mitteilungen aus Berlin ist zum Präsidenten des Großherzogtums Posen oder zum Chef der Behörden in diesem Teilgebiet nicht Graf Schwerin ernannt, sondern der Unterstaatssekretär im Kultusministerium, Geheimer Rat, Doktor der Rechte und der protestantischen Theologie (!) Schwarzkopff. Diese Ernennung beweist, daß in den Hof- und Regierungskreisen zu Berlin in dieser Angelegenheit die gemäßigte Richtung über die extremantipolnische und chauvinistische Richtung endgültig gesiegt hat, deren Kandidat für diese Stellung der Regierungspräsident in Oppeln der bekannte ober schlesische Satrap Graf Schwerin war.

Ob diese Ernennung auch einen Wechsel des „polnischen Kurses“ in Berlin bedeutet, ist eine mehr wie zweifelhafte Frage. Die grundsätzliche Tendenz

des preußischen Regimes gegenüber der polnischen Bevölkerung wird wahrscheinlich auch weiterhin so bleiben, wie sie bisher gewesen ist, d. h. sie wird auch weiterhin die Entnationalisierung dieser Bevölkerung und die Aufhaltung bzw. Vereitelung ihrer kulturellen sowie wirtschaftlichen Entwicklung auf nationaler Grundlage anstreben. Einem Wechsel kann nur die zu diesem Ziele führende Taktik und die Wahl der anzuwendenden Mittel unterliegen. Dr. Schwarzkopf, der schon längere Zeit als Regierungsrat in Posen amtiert hat, zeigte sich dort als ein Mensch von hoher Kultur, von sympathischen gesellschaftlichen und politischen Formen, der sich nur ungern gewaltsamer Bedrückungsmittel bediente. Es kann also sein, daß unter seinem Regime manche Schikanen aufhören werden und das bisher den Polen gegenüber geübte System der „Nadelstiche“ sich mildern wird, doch darüber hinaus wird zweifellos alles beim alten bleiben.

Daß die polnische Bevölkerung nach der unangenehmen Bedrückung, die sie während des Regimes des bisherigen Präsidenten v. Waldow erfahren hat, die Ernennung des Dr. Schwarzkopf mit einer gewissen Befriedigung begrüßt, unterliegt keinem Zweifel. Man darf aber hoffen, daß sie keinerlei Hoffnungen und Versöhnungssillusionen erweckt, da sie bisher immer die fatalsten Folgen für die Interessen des Polentums in diesem Teilgebiet gezeitigt haben. In dieser Beziehung haben uns besonders die letzten beiden Jahre sehr trübe Erfahrungen gebracht. Während unter dem Entsetzen des Enteignungsgesetzes, als man jeden Augenblick seine Anwendung erwartete, das unglückliche Verschachern des Grundes und Bodens dort vollständig aufhörte, hat seit einiger Zeit, als sich diese Gefahr verringerte, das Verschacherertum wiederum in einem geradezu beunruhigenden Maße entwickelt.

Es steht also zu befürchten, ob unter einem „mildernden System“ diese Klage nicht noch mehr um sich greifen wird, und in dieser Hinsicht, nicht aber hinsichtlich der Versöhnungssillusionen muß die dortige öffentliche Meinung eine doppelte Wachsamkeit entfalten.

Aus Nr. 433 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 16. September 1911:

Störer der Einigkeit.

In den innerpolitischen Verhältnissen der polnischen Volksgeamtheit in Preußen herrscht schon seit längerer Zeit eine große Stille, eine heitere Stille innerer Sammlung, ruhigen und selbstbewußten Abwartens. Schon seit länger als einem Jahre verstummen die Gerüchte von angeblich beabsichtigten Änderungen in der Germanisierungspolitik der Regierung nicht; in der deutschen Presse mehrten sich die kritischen Betrachtungen über das in den letzten Jahren angewandte polenfeindliche System und über die kostspielige und erfolglose Ansiedlungstätigkeit; infolge der von dem preußischen Landwirtschaftsminister gegebenen Anregung erhoben sich unter der deutschen Bevölkerung im Posenschen dreiste und laute Proteste gegen die kriegerische Agitation des polenfeindlichen Vereins; der erwartete Wechsel auf dem Statthalterposten des Großherzogtums Posen ruft unter den Deutschen eine stürmische Diskussion hervor, in welcher die Argumente für und wider die mutmaßlichen Kandidaten sind: Hoffnungen und Befürchtungen eines Wechsels in dem politischen System. Indes schließt sich inmitten dieses Getöses und dieses Aneinandergeratens der Meinungen und Interessen der Anhänger und Gegner einer gewalttätigen polenfeindlichen

Aktion der eiserne Ring der Ausnahmegesetze, der besonderen Verfügungen, des wirtschaftlichen und politischen Boykotts, der Willkür der örtlichen Behörden und der tendenziösen gerichtlichen Erkenntnisse, der eiserne Ring, dazu bestimmt, das polnische Volk politisch zu knechten und wirtschaftlich zu vernichten, immer fester zusammen. Es mehrten sich die Mißbräuche der Polizeibehörden, zumal auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts; es nehmen überhand die Verbote betreffend die Veranstaltung polnischer Versammlungen und die Strafen gegen Mitglieder der nur deshalb als politisch anerkannten Vereine, weil sie sich aus Polen zusammensetzen und ihre Verhandlungen in polnischer Sprache führen; immer empfindlicher wird die Beschränkung der Erziehungs- und Lehrfreiheit außerhalb der amtlichen Germanisierungsschule; es ergehen gerichtliche Erkenntnisse, welche durch ihr hohes Strafmaß wegen Verfehlungen, die gar keine Verfehlungen sind oder nach dem Gesetz keiner Strafe unterworfenen Handlungen der Verteidigung berechtigter Interessen darstellen, Staunen erregen.

Schwer, voll von Gefahren sind diese Zeiten, die von dumpfen und nicht verstummenden Gerüchten einer Wendung und von dem Lärm des Streits im deutschen Lager erschallen. Diese Zeiten sind überdies bezeichnend durch die Kundgebung einer beginnenden Krisis in der Germanisierungspolitik, die statt des gesteckten Zielles soziale, politische und ethische Ergebnisse gezeitigt hat, welche die das Leben nüchtern betrachtenden deutschen Elemente mit begründeter Unruhe erfüllen. Unter solchen Umständen hat die polnische Volksgeamtheit eine Taktik erwählt, die allein die Gewähr eines Erfolgs bietet; die Taktik innerer Sammlung und ruhigen Abwartens.

Angeichts der Lage, die an sich schon der Verschuchung naheliegt, die Unsicherheit der Regierung auszunützen, um durch eine entsprechende Stellungnahme auf ihre Stimmung einzuwirken und die Zögernden nach der gewünschten Richtung hinzulenken, ist unter den beiden großen Lagern, dem demokratischen und konservativen, in welche die Posener Volksgeamtheit durch Traditionen und sozialpolitische Sympathien, vor allem aber durch abweichende Anschauungen über das Verhältnis zur preußischen Regierung, geschieden wird, ein stillschweigender Waffenstillstand eingetreten. Verstummt ist die gewöhnlich nie aufhörende Polemik über das Thema der grundsätzlichen Versöhnlichkeit oder Opposition, des radikalen oder gemäßigten Tons und der Art und Weise des Handelns; alle Konflikte und scharfen Reibungen haben aufgehört; auf beiden Seiten wurde auch, was vielleicht am schwersten hält, eine außergewöhnliche Enthaltensamkeit und Rücksicht beobachtet, in der durch die Perspektive neuer Handelsverträge aufgeworfenen Diskussion über das Thema der Interessengegensätze zwischen den Produzenten und Konsumenten von Lebensmitteln, zwischen dem Großgrundbesitz und der großen Schaar der Arbeiter- und Industriebevölkerung. Kaum schwache Echos dieser tiefen Gegensätze lassen sich dies Mal vernehmen, und sie verhalten sich rasch, weder Verwirrung noch Kampf hervorrufend.

Beide großen Lager, die, auf verschiedenen Wegen das nationale Ziel erstrebend, der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Posen die Richtung vorschreiben, haben die Notwendigkeit erkannt, den Kampf in einem Zeitpunkt auszusetzen, in welchem im Vergleich zu der heutigen Konjunktur eine abweichende, aber vielleicht nicht minder gefährliche neue politische Konjunktur in der Entwicklung begriffen ist. Sie haben als nationale Pflicht erkannt, alles zu vermeiden, was die polnische Volksgeamtheit entzweien oder in das im deutschen Lager tobende Kampfgewühl hineinziehen könnte; sie haben die Notwendigkeit empfunden, ohne

Illusionen, aber auch ohne Pessimismus die Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten und ihre ganze Aufmerksamkeit der Verteidigung des durch die — wollte Gott — schon in die Brüche gehende, aber desto schrecklichere Germanisierungsaktion bedrohten gemeinsamen Interesses zuzuwenden.

Bedauerlicherweise muß gesagt werden, daß diese Harmonie, zu der sich die Volksgesamtheit in einer schweren und ernsten Zeit emporgerafft hat, doch nicht vollkommen ist. Außerhalb der beiden großen politischen Lager und weiten Kreise, die, ohne jenen förmlich anzugehören, mit ihnen sympathisieren, sind einzelne Personen und Gruppen geblieben, die gerade den Zeitpunkt der im nationalen Interesse notwendigen Sammlung für geeignet halten, ihren persönlichen Animositäten, ihrem eitlen Ehrgeiz, ihren Neigungen zum leeren Geschrei oder ihren die erlaubten Grenzen überschreitenden Konkurrenzbestrebungen freien Lauf zu lassen. Einerseits schlenbert der Abgeordnete Kulerski in seiner Gazeta Grudziödzka nach allen Seiten hin die Nützlichkeit seiner demagogischen Taktik in Zweifel ziehende, furchtbare, zwar mehr grelle als schmerzhaft Blitze der Verurteilung und sucht das Hunderttausend seiner Leser zu überzeugen, daß wer nicht mit ihm zusammengehe, ein nichtswürdiger Mensch und Verräter des polnischen Volks sei. Andererseits hat eine gemischte Koalition ehrgeiziger, getäuschter, einsätziger Schreier und geistesarmer Phrasenhelden, die durch das Band einer gemeinsamen, aus verschiedenen Ursachen entspringenden Abneigung gegen die Nationaldemokratie verbunden sind, die tendenziöse Darstellung des Ergebnisses der letzten galizischen Wahlen, die Einstellung des Schulboykotts im Königreich Polen und die Triumphrufe des Warschauer Goniec über den angeblichen Bankrott der Nationaldemokratie mit Gier dazu benutzt, um das Ansehen und den Einfluß der ihnen unangenehmen Partei systematisch zu beschimpfen und zu verunglimpfen.

Natürlich hat darin jedes der Mitglieder dieser stillschweigenden Koalition sein eigenes Interesse und seinen eigenen Zweck. Herr Napieralski ist es darum zu tun, diejenige politische Gruppe ihrer Macht zu berauben, die seine Diktatur in Oberschlesien nicht anerkennt und wenn schon nicht an die Aufrichtigkeit, so doch jedenfalls nicht an die Richtigkeit und den Erfolg seiner zentrumsfreundlichen Politik glaubt. Herr Korsantj bekämpft die Nationaldemokratie als seit unlängst offizieller Bundesgenosse des Herrn Napieralski und als von der nationaldemokratischen Partei in Oberschlesien desavouierter früherer Vertrauensmann dieser Partei; der Przeglond Wielkopolski bekämpft die Nationaldemokraten aus Antipathie der außerhalb der Wirklichkeit lebenden Ideologen — gegen jede politische Parteiorganisation, zumal wenn sie den konservativen Charakter entbehrt; der Goniec Wielkopolski schließlich tut das gleiche nicht nur aus Konkurrenzhaß und aus Gründen persönlicher Animosität, sondern auch aus langjähriger Tradition und aus dem Bedürfnis zu schreien, aus dem Bedürfnis, durch Geschrei seine innere Leere und seine Unfähigkeit zu produktiver und positiver Arbeit zu vertuschen.

In Volksgesamtheiten, die leben und vorwärts kommen wollen, ist ein Meinungsaustausch mit Lebenden durchaus notwendig; Reibungen politischer, sozialer, ethischer und kultureller Überzeugungen sind unvermeidlich und in gegebenen Umständen sehr nützlich; der Kampf widerstrebender Interessen und ehrgeiziger Bestrebungen ist eine natürliche Erscheinung, selbst wenn der Kampf sogar in einer scharfen Form unter Umständen toben würde, unter denen, wie gegenwärtig im preußischen Teilgebiet die gut verstandene Bürgerpflicht ein Zügel in fleischlichen Konflikten und Zwistigkeiten sein müßte,

welche imstande wären, die öffentliche Aufmerksamkeit von solchen Fragen abzulenken, die das nationale Lebensinteresse betreffen. Eine Treibjagd aber, wie sie im preußischen Teilgebiet seit Monaten veranstaltet wird, wäre sogar unter normalen Verhältnissen einer ihrer Existenz und Zukunft ganz sicheren Volksgesamtheit eine widerwärtige und von der moralischen Gesundheit schlecht zeugende Erscheinung. In ihr ist jede Waffe gut, wenn sie nur wirksam ist. Es ist keine Insinuation zu ungeheuer, keine Tatsache tendenziös verdreht, kein Klatsch zu boshaft, die man nicht in Umlauf setzen würde, um die Nationaldemokratie in allen drei Teilgebieten als nationalen Schädling, als den Gipfel der Falschheit, Unaufrichtigkeit und Heuchelei, eitlen Hochmuts und Parteiegoismus hinzustellen; und wenn es an einer Insinuation gebrach, schrak man auch vor einer Verleumdung nicht zurück.

Aber nicht darum handelt es sich. In blindem Haß verbreitete Verleumdungen und Insinuationen tun nur ihren Urhebern Abbruch. Es genügt, wenn von Zeit zu Zeit, wie es gegenwärtig in Posen anlässlich der im Przeglond Wielkopolski veröffentlichten giftigen Artikel geschah, die Verleumder gezwungen wurden, öffentlich zu bekennen, daß sie eine tendenziöse Unwahrheit verbreitet haben. Schlimmer ist, daß eine solche seit Monaten systematisch betriebene Aktion in das einseitig unterrichtete polnische Volk Haß gegen einen großen Teil der eigenen Nation hineinträgt, daß sie das Volk eine von seinen interessierten Informatoren bekämpfte politische Gruppe den feindlichen und auf seinen Untergang lauernden Elementen gleichstellen, ja in der Praxis diese politische Gruppe noch eifriger hassen lehrt, als jene feindlichen Elemente. Das ist eine systematische Vergiftung der Volksseele, eine Sprengung der Volksgesamtheit in feindliche, sich gegenseitig ausschließende Lager, eine Zerplitterung der spärlichen Kräfte des Volks, die kaum zur Verteidigung des nationalen Interesses ausreichen, eine Ablenkung seiner Aufmerksamkeit von der Gefahr, die ihm in Wirklichkeit droht. Doppelt verbrecherisch ist aber eine solche Tätigkeit in einem Zeitpunkt wie dem jetzigen, wo viel davon abhängt, daß sich die polnische Volksgesamtheit nach außen als völlig einheitlicher Faktor und als eine dank dieser Einheit gewordene Macht darstellt, mit der man rechnen muß. Von diesem Vorwurf der systematischen Übertretung der vorzüglichsten nationalen Pflicht, der Einigkeit gegenüber dem Feinde, werden die Verbreiter des Parteihasses keine patriotischen Deklamationen reinwaschen. Es ist höchste Zeit, daß unter den Störern der Einigkeit dies endlich wenigstens diejenigen verstanden, für die das „nationale Wohl“ nicht nur eine leere Redensart und eine gern entgegengenommene Münze, sondern der Zweck und Inhalt des öffentlichen Wirkens ist.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg).

vom 15. September 1911:

Str. I.

(Gymnasium.) Im Bericht des k. k. Gymnasiums finden wir in der Rubrik „wedlug jenzyka ojezystego“:

Polen	489
Ruthenen	221
Deutsche	—

Zusammen 710

Also keinen einzigen Deutschen. In der Rubrik „wedlug wyznania religijnego“:

Römisch kath.	263
Griechisch kath.	221

Evangelisch.....	9
Mosaisch	217
Zusammen	710.

Von den 9 Evangelischen bekennen sich aber wie bekannt, nur 2 zum Polentum. Der Grund, warum im Bericht keine deutschen Schüler angegeben wurden ist der, daß die evangelischen Schüler um ihre Volkszugehörigkeit nicht gefragt wurden und einfach als Polen eingetragen wurden. Die Direktion weiß ja ganz sicher, daß es deutsche Schüler gibt, denn vor drei Jahren waren ja diese Verfolgungen von seiten der Direktion ausgeht. Man will die Deutschen einfach totschweigen!

Schon besser sieht es dagegen im Berichte der Filiale des k. k. Gymnasiums aus. In der Rubrik „wedlug narodowosci“ befinden sich:

Polen	403
Ruthenen	59
Deutsche	10
Zusammen ..	472.

In der Rubrik „wedlug wyznania“:

Römisch kath.	170
Griechisch kath.	60
Evangelisch.....	12
Mosaisch	230
Zusammen ...	472.

Berücksichtigt wurden hier nur die Deutschen evangelischer Religion. Daß es viele Deutsche römisch-katholischer Religion gibt, überzeugt uns nur ein Blick in das Namensregister der Schüler. Ein Studentenheim ist für Strij eine dringende Notwendigkeit. Mit dem nächsten Schuljahr müßte hier ein solches eröffnet werden.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 15. September 1911:

Am neuerrichteten polnischen Realgymnasium in Czernowitz.

wird der Unterricht in den nächsten Tagen beginnen. Die Aufnahmeprüfungen in die neuer bloß eröffnete erste Klasse, die im „Dom polski“, woselbst die Anstalt vorläufig untergebracht ist, stattfanden, sind bereits beendet. Als Leiter der Anstalt wird der Professor des Staatsgymnasiums in Lemberg, Dr. Siegmund E n g a fungieren und als Lehrer werden die Professoren des hiesigen 1. Staatsgymnasiums, Reinhold Silberbusch und Peter Laurecki und der Professor des hiesigen 3. Staatsgymnasiums, Sidor Buchmarski wirken. So weit hat das Häuflein Polen in der Bukowina bereits vorgearbeitet!

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 15. September 1911:

Tschechen und Polen in Schlesien.

Anlässlich des beginnenden Schuljahres veröffentlicht der Tschechische Schulverein einen Aufruf an die schlesischen Tschechen, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß kein aufrichtiger Tscheche sein Kind in eine polnische Schule werde einschreiben lassen, zumal in Schlesien die Kenntnis der polnischen Sprache nicht notwendig sei. — Das Organ der Polen in Teschen erklärt, nach dieser neuesten feindlichen Rundgebung der schlesischen Tschechen sei an ein friedliches Zusammenleben der beiden Nationen in Schlesien nicht mehr zu denken.

Aus Nr. 126 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 15. September 1911:

Das Kaiserlied und das tschechische Nationallied „Kde domov muj?“

Während der Fahnenweihe des Pilsener Schützenkorps kam es zu einer unangenehmen Szene. Nach dem „Gott erhalte“, welches von den anwesenden Offizieren und Beamten salutierend angehört wurde, spielte die Kapelle plötzlich das „Kde domov muj?“, wobei die Beamten salutierend in Habachtstellung verharrten, während die anwesenden Offiziere nicht mehr die Ehrenbezeugung leisteten. Die Zuschauermenge begann zu murren, worauf sich die Offiziere entfernten.

Und wie machen es die „staatsgetreuen“ Herren Polen? Bei uns in Galizien ertönen bei allen polnischen Festlichkeiten wohl die polnischen Truglieder „Z dymem pożarów, oder „Boże coś Polskę“ und „Jeszcze Polska nie zginęła“, aber Gott behüte nicht das „Gott erhalte“! Ja, es ist schon vorgekommen, daß, wenn Deutsche das Kaiserlied sangen, die Polen sich riesig aufregten wegen des „preußischen“ Liedes. Oder haben wir es hier nicht schon erfahren, daß die schwarz-gelbe Fahne als „preussische“ Fahne großen Lärm verursachte?

So wie die Tschechen nur ein tschechisches Königreich Böhmen mit dem doppelgeschwänzten Löwen anerkennen, so wollen die Polen nur von einem Königreich Polen mit dem weißen Adler etwas wissen. Von einem österreichischen Kronlande Böhmen und einem österreichischen Kronlande Galizien wollen diese Herren nichts wissen! Und trotzdem dies „Oben“ doch schon bekannt sein müßte, sind Tschechen und Polen „Liebkind“ bei der Regierung.